Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 239 Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid, Dienstag, 11. Oktober 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

Der Prozeß gegen das Reich

Unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke begann die Verhandlung der Klage gegen das Reich, die die Länder Preußen, Bayern und Baden angestrengt haben. Es handelt sich um das Verfahren, das das größte deutsche Land ingang gebracht hat, wegen der vom Kabinett Papen gegen Preußen verhängten Exekution vom 20. Juli.

Schon längere Zeit vor dem auf ½11 Uhr angesetzten Verhandlungstermin waren die Zuhörerplätze des Hauptsaales des Reichsgerichts völlig besetzt. Unter dem Auditorium bemerkte man führende Juristen und Staatsrechtler aus allen Teilen des Reiches.

Die Prozeßparteien selbst sind durch die regelrechten Delegationen vertreten. Dabei hat es der Zufall gefügt, daß die Vertretung der preußischen Staatsregierung in der umfriedeten Anklagebank Platz gefunden hat, während die Vertretung des Reiches auf der gegenüberliegenden Seite ihre Plätze einnimmt.

Dem **Richterkollegium** gehören außer dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke als Vorsitzenden noch an als Beisitzer: die Reichsgerichtsräte Schmitz (Berichterstatter), Triebel, Dr. Schwalb sowie die Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. von Müler (Berlin), Dr. Gümbel (München) und Dr. Siegler (Dresden). Die Vertretung der preußischen Staatsregierung führt bekanntlich Ministerialdirektor Dr. Brecht.

Ehe die eigentliche Verhandlung beginnt, stellt Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke fest, daß

der Reichskanzler als preußischer Reichskommissar nicht besonders vertreten

ist. Der Vertreter des Reiches, Ministerialdirektor Dr. Gottheiner, verweist darauf, daß diese besondere Vertretung sich erübrigt, wie das Reich bei seinen Schriftsätzen ausgeführt habe. Auch der preußische Vertreter Dr. Brecht beantragt, weiter zu verhandeln. Darauf hielt der Berichterstatter des Gerichtshofes ein längeres

Referat aus den Schriftsätzen der Prozeßparteien,

das die Ursachen des Rechtsstreites darlegt und die Auffassungen der Prozeßbeteiligten widerspiegelt.

Nach dem mehr als einstündigen Referat gab

der Vorsitzende eine Erklärung

ab, in der er sich mit aller Schärfe gegen die in der Oeffentlichkeit zutage getretenen Vorwürfe, der Staatsgerichtshof habe die Verhandlungen verschleppt, verwahrt. Nach seiner Auffassung sei von allen Seiten mit äußerster Kraft gearbeitet worden;

was die Sache so lange aufgehalten habe, sei die Schwierigkeit der Materie.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke fuhr fort, es sei nicht die Aufgabe des Staatsgerichtshofes, darüber zu entscheiden, ob die Geschehnisse, die hier angefochten werden, politisch rechtmäßig oder politisch heilsam gewesen seien; der Staatsgerichtshof habe lediglich darüber zu entscheiden, ob sich die Ereignisse im Rahmen der Verfassung gehalten haben.

Der Vorsitzende entwickelte dann das Verhandlungsprogramm. Zunächst soll die Hauptfrage geprüft werden:

Welches war die tatsächliche Lage am 20. Juli, und worauf konnte sich die Annahme stützen, daß gegen Preußen vorgegangen werden mußte, wie vorgegangen worden ist.

Vor Eintritt in die Verhandlung über den erwähnten ersten Punkt erhält **der Hauptsprecher der preußischen Delegation, Ministerialdirektor Dr. Brecht,** das Wort zu einer Erklärung, in der er betonte, daß Preußen keinen Angriff auf den Reichspräsidenten richten wolle. Die Kläger bestritten jedoch auf das entschiedenste die Richtigkeit der Informationen, die dem Reichspräsidenten gegeben worden seien, die Richtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, die man ihm vorgetragen habe. Gegenstand der Klage sei lediglich die rechtliche Zulässigkeit des Vorgehens der Reichsregierung. Zweck der Klage sei vor allem die Befreiung Preußens von dem aufs tiefste kränkenden Vorwurf, daß Preußen seine Pflicht nicht erfüllt habe. Die preußischen Minister stellten ihre Person dabei vollständig zurück.

Eine Erklärung des bayerischen Vertreters betont, daß die bayerische Klage nicht unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli gerichtet sei, sondern die absolute und relative Grenze feststellen solle, die der Reichsregierung bei Maßnahmen gegen die Länder gegeben seien. Auch der **badische Vertreter** gibt eine längere Erklärung ähnlichen Inhaltes ab.

Die Auffassung der Kläger

Ministerialdirektor **Dr. Brecht** leitete hierauf seine Ausführungen über den Klagestandpunkt mit einer Darlegung der politischen

Verhältnisse vor dem 20. Juli

ein. Zu der an sich erwünschten Kabinettsbildung durch die NSDAP sei es im Verlaufe der bisherigen politischen Entwicklung nicht gekommen. Die Aenderung der Haltung gegenüber den Nationalsozialisten in einem Augenblick bürgerkriegsähnlicher Zustände habe in Preußen zu einer starken Vermehrung politischer Gewalttaten geführt. Wenn die Reichsregierung der Meinung sei, daß an die Stelle der kriminalistischen Bekämpfung der NSDAP eine politisch-psychologische eintreten müßte, so könnten die Länder sehr leicht anderer Meinung sein. Dr. Brecht gab hierauf eine sehr ins einzelne gehende Darstellung

der Vorgänge bei der Amtsenthebung.

Er betonte dabei, daß weder Staatssekretär Meißner, noch die Staatssekretäre des Reichsinnen- und Reichsjustizministeriums vorher um ein Gutachten über die Verfassungsmäßigkeit des Vorgehens ersucht worden seien. Dr Brecht

bestritt eine innere Abhängigkeit der Preußenregierung von der KPD.

Der gegen Staatssekretär Abegg erhobene Vorwurf, bei Verhandlungen mit Kommunistenführern diesen eine verschleierte Fortsetzung der Terrorakte empfohlen zu haben, stelle eine völlige Verdrehung dar. Dasselbe sei bei der Auslegung der Magdeburger Grzesinski-Rede über die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront der Fall. Die Beschwerde des Reiches über die Aenderung der Geschäftsordnung des Preußischen Landtages, über die Ausgabe von Waffenscheinen an die KPD und von Staatsgeldern für Parteizwecke hätten mit den Pflichten Preußens gegen das Reich nichts zu tun.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung erhebt der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. **Gottheiner** Einspruch dagegen, daß Dr. [illegible] Darlegungen vom Vormittag noch ergänzt durch Ausführungen über die Behandlung beamtenrechtlicher Fragen durch die gegenwärtige kommissarische Regierung.

Ministerialdirektor **Dr. Brecht** begründet die Notwendigkeit dieser Ausführungen über die Ereignisse nach dem 20. Juli damit, daß diese die Vorgänge vom 20. Juli illustrierten. Zudem sei angesichts der 64 neuen Ernennungen, die die kommissarische Regierung während der letzten acht Tage in Preußen durchgeführt habe, von der Klageseite beabsichtigt, noch am heutigen Montag

Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung zu stellen, die der kommissarischen Regierung weitere Veränderungen im Beamtenkörper bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes zur Hauptsache untersage.

Nachdem der Vorsitzende die Zusage gegeben hat, daß die Klagepartei noch Gelegenheit zu Ausführungen über diese Frage bekommen werde, erläuterte Ministerialdirektor **Dr. Gottheiner** den

Standpunkt der Reichsregierung

Er bemerkte, die politische Entwicklung, die zum 20. Juli geführt habe, könne auch erheblich anders gesehen werden, als sie von der Klageseite dargestellt worden sei. Insbesondere seien die blutigen Vorgänge vor dem 20 Juli nach Auffassung der Reichsregierung zum wesentlichen Teil auf eine völlig einseitige Behandlung zurückzuführen, die man der ständig wachsenden nationalsozialistischen Bewegung habe angedeihen lassen. Dr. Gottheiner tritt der Auffassung der Kläger über die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen der Reichsregierung nachdrücklichst entgegen. Insbesondere sei es

unwahr, daß zwischen der Reichsregierung und der NSDAP jemals irgendwelche Vereinbarungen über das Vorgehen gegen Preußen

getroffen worden seien. Die Reichsregierung habe sich in völlig freier Entscheidung zu dem Vorgehen vom 20. Juli entschlossen.

Dr. Gottheiner fährt fort: Die objektive Sachlage, die das Vorgehen des Reiches durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 notwendig gemacht hat, ist in erster Linie durch

die blutigen Unruhen des Sommers 1932

gekennzeichnet. In einer Zeit höchster Not und Verarmung des deutschen Volkes standen fest organisierte Parteien im Zustande äußerster Erregung kampfbereit einander gegenüber. In den wenigen Wochen zwischen dem 1. Juni und dem 20. Juli 1932 haben im preußischen Staatsgebiet über 460 Fälle schwerer politischer Ausschreitungen stattgefunden, bei denen 82 Todesopfer und 400 Schwerverletzte zu beklagen sind.

Diese Gefahrenlage,

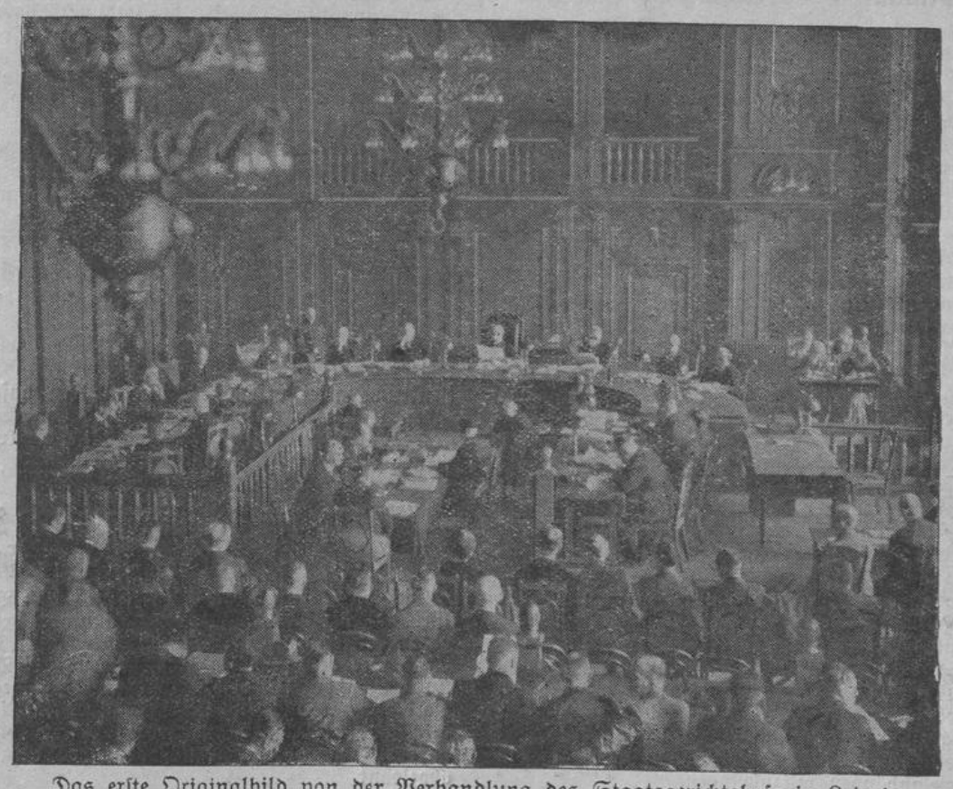
die am stärksten in Preußen hervortrat, wurde für dieses Land durch das Verhalten und die parteipolitische Lage der damaligen geschäftsführenden preußischen Regierung erheblich gesteigert. An der Staatsfeindlichkeit der Kommunistischen Partei — das kann man wohl ohne jeden Zweifel aussprechen — ist nicht zu zweifeln. Gerade aber diese Partei konnte vermuten, daß die damalige preußische Regierung aus parlamentarisch-taktischen, wie aus anderen Gründen gegen die Kommunisten nicht mit letzter Entschiedenheit vorgehen werde, sondern sich die Möglichkeit einer gemeinsamen Front gegen den Nationalsozialismus offenhalte, und daß sie sich mit den Kommunisten in dem gemeinschaftlichen Gegensatz zu den Nationalsozialisten verbunden fühle. Die Tatsache der heftigen innerpolitischen Gegnerschaft gegen die Reichsregierung, aus der die damalige politische Leitung Preußens kein Hehl machte, mußte die Kommunisten in dieser Ueberzeugung bestärken. Die Reichsregierung hat in ihren Schriftsätzen dem Staatsgerichtshof Material zur Illustrierung dieser Lage vorgelegt. Ich erinnere an die Rede, die der damalige aktive Berliner

Polizeipräsident Grzesinski

am 26. Juni 1932 in Magdeburg gehalten hat, in der wörtlich gesagt wurde: „Sozialdemokraten und Kommunisten sollten sich an keiner Stelle Schwierigkeiten bereiten." Ich darf weiter an die von Grzesinski vorgenommene Ausstattung einer Reihe von Organisationen seiner Partei und auch einer kommunistischen Organisation mit Waffen erinnern. Ich erinnere weiter an die Vorgänge, die sich an das Verbot des „Vorwärts" anschlossen. Es muß festgestellt werden, daß in der

Haltung des preußischen Innenministers

ein Akt lag, der mit seiner Beamtenstellung nicht vereinbar war. Für die Reichsregierung wurde schon durch diese Haltung Severings die Frage, ob das Reich die gefährlichen Zustände in Preußen weiter so treiben lassen könne wie bisher, in höchstem Grade akut. Wenn das Reich mit seinen Maßnahmen damals noch zuwartete, so war von Einfluß hierauf der Aufruf, den Minister Severing am 13. Juli gegen den Bürgerkrieg erließ. Aber schon am 14. Juli rief derselbe Minister in einer öffentlichen Versammlung in den Tennishallen in Berlin: „Jagen wir am 31. Juli die Reichsregierung von Papen und ihre nationalsozialistischen Helfershelfer davon." Eine derartige Erklärung eines amtierenden preußischen Ministers gegen eine amtierende Reichsregierung ist unbedingt eine Maßnahme, die in keiner Weise mit seiner Beamteneigenschaft vereinbar ist. Gleichzeitig erhielt die Reichsregierung aus vertrauenswürdiger Quelle Kenntnis von



Das erste Originalbild von der Verhandlung des Staatsgerichtshofs in Leipzig

Rheinland und Westfalen erwarten Hilfe!

Ein dringender Brief an den Reichsfinanzminister

Im Hinblick auf die schwebenden Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Länderfinanzministern über die Sicherung des Haushaltsausgleichs des Reichs und der Länder für 1932 haben die Vertreter der Provinzen Rheinland und Westfalen im Reichsrat, Dr. Hamacher und Stadtrat Gilsing, dem Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk ein dringliches Schreiben zugehen lassen.

In diesem Schreiben wird dem Reichsfinanzminister das dringende Ersuchen unterbreitet, mit größter Beschleunigung geeignete Maßnahmen der Reichsregierung herbeizuführen.

Die Bevölkerungen der Provinzen Rheinland und Westfalen erwarten seit langem eine durchgreifende Hilfe. Ihr ist aber auch bekannt, daß die Reichsregierung für die wirtschaftliche Sicherung des Grundbesitzes des Ostens weitgehende Hilfsmaßnahmen auf dem Wege der Gesetzgebung und der Verordnungen durch Bereitstellung großer Geldmittel durchführt. Dagegen ist der Ruf des Westens nach einer durchgreifenden Hilfsmaßnahme für die Wohlfahrtslasten besonders notleidender Gemeinden bis jetzt seitens der Reichsregierung unerhört geblieben. Die jüngsten Verordnungen haben einerseits eine Verminderung der bisher schon geringen Unterstützungssätze gebracht, andererseits eine Mehrbelastung der minderbemittelten Schichten zur Folge. Durch die täglich wachsende Zahl der Unterstützungsbedürftigen wird auch die Zahl der nicht mehr zahlungsfähigen Gemeinden ständig größer.

Die geradezu katastrophale Finanzlage, vor allem der westdeutschen Städte und Gemeinden, macht es uns zur Pflicht, an Sie, geehrter Herr Finanzminister, dieses Schreiben zu richten, zumal durch die Aussetzung der Reichsratssitzungen es uns unmöglich ist, als Vertreter unserer Provinzen unsere Vorstellungen im Reichsrat zu erheben. Wir erwarten umgehende Maßnahmen der Reichsregierung und behalten uns vor, in der nächsten Reichsratssitzung unseren Standpunkt dazulegen.

geheimen Verhandlungen zwischen dem preußischen Innenministerium und kommunistischen Führern.

Inhalt dieser Verhandlungen waren Bedingungen und Gegenleistungen für die Förderung und Begünstigung der kommunistischen Partei. Das Bekanntwerden dieser Tatsache, deren Richtigkeit sich später in vollem Umfange bestätigt hat, offenbart bei der geschilderten politischen Gesamtlage, die gerade in diesen Tagen durch das Blutbad in Altona der ganzen Welt kraß vor Augen geführt wurde, eine so brennende Gefahr für das Deutsche Reich, daß nunmehr ohne jedes Zögern von der Befugnis Gebrauch gemacht werden mußte, die Artikel 48 der Reichsverfassung für Fälle dieser Art in die Hand gibt. Es wäre unverantwortlich gewesen, den offenen Ausbruch des Bürgerkrieges abzuwarten. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli war der einzige Weg, zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes zu gelangen.

Sodann ging Ministerialdirektor Gottheiner zur Schilderung der tatsächlichen

Vorgänge vom 20. Juli

über. Er erklärte, nicht anerkennen zu können, daß die Darstellung von Ministerialdirektor Dr. Brecht in allen Teilen vollständig gewesen sei.

Es sei Tatsache, daß

sämtliche ihres Amtes enthobenen Minister ihre vollen Bezüge weiter

erhalten haben. Tatsache sei es auch, daß Ministerpräsident Braun jedenfalls auf diesen Umstand sehr großen Wert gelegt habe, denn er habe sich sehr bald nach der Enthebung vom Amte nach dieser Frage erkundigt und sich sehr befriedigt erklärt, als ihm die Antwort gegeben wurde, daß er seine Bezüge weiter erhalten würde. (Ministerialdirektor **Dr. Brecht** versucht erregt zu unterbrechen, wird aber vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß Zwiegespräche nicht statthaft seien.)

Zum Schluß erklärte Ministerialdirektor **Gottheiner,** Minister Severing habe die Sachlage, die der Reichsregierung Veranlassung zu ihrem Vorgehen gegeben habe, genau so beurteilt wie die Reichsregierung selber.

Präsident **Dr. Bumke:** Ich weiß nicht, wie weit die Bemerkung über die Gehaltsfrage des preußischen Ministerpräsidenten für die rechtlichen Fragen, die uns hier allein berühren, von Bedeutung sein können. Ich kann es zwar nicht hindern, wenn jetzt darauf geantwortet wird, habe aber den Eindruck, daß wir bei Erörterung dieses Punktes uns von der rechtlichen Frage entfernen und unsere Verhandlungen nicht fördern.

Die Professoren greifen ein

Professor Heller-Frankfurt a. M., der Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, ersucht den Ministerialdirektor Gottheiner, den Brief vorzulegen, worin der Ministerpräsident Braun sich befriedigt über seine Gehaltsregelung ausgesprochen habe und diese Frage als wesentlichsten Punkt der ganzen Sache bezeichnet haben solle.

U. a. bringt Professor Heller einen Antrag ein, der dartun soll, daß die Reichsregierung bei ihrem Vorgehen gegen Preußen sich nicht nur auf Artikel 48 stütze, sondern daß Abmachungen mit den Nationalsozialisten darüber bestanden hätten, die dieses Vorgehen erforderten. Als Zeugen benenne die preußische Regierung für diese Fragen den Reichskanzler von Papen, ferner Adolf Hitler und Herrn von Gleichen.

Hierauf äußert sich für die Vertreter der Reichsregierung **Professor Schmitt.** Er sagt, bei den Vorgängen vom 20. Juli seien zwei Bestandteile zu unterscheiden, die sich gleichzeitig ergaben, und zwar eine Bürgerkriegslage, in der sich Parteien gegenüberstanden, und eine Konfliktslage, in der sich zwei Regierungen gegenüberstanden. Als die Reichsregierung die Nationalsozialisten anders behandelte als die Kommunisten, sei es ihr nicht darauf angekommen, „mit den Wölfen zu heulen", sondern darauf, gerecht und objektiv zu sein gegenüber einer Millionenbewegung, für die es eine Beleidigung darstelle, wenn man sie mit der kommunistischen Partei gleichstelle.

Dr. Brecht antwortet Gottheiner

Dann erklärte Ministerialdirektor **Dr. Brecht,** daß es sich hier vor allem darum handele, auf dem Boden des positiven Rechts zu bleiben und zu prüfen, wer seine Pflicht verletzt habe. Im übrigen hätten die preußischen Vertreter den Oberreichsanwalt Ebermeyer als Zeugen dafür geladen, daß das Material, das die Staatsfeindlichkeit der Kommunisten dartue, im wesentlichen von der preußischen Staatsregierung geliefert sei. Das Reich habe in der Beurteilung der Legalität denn auch sehr geschwankt. So habe der Reichspräsident einmal die Verordnung über die Unterdrückung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen erlassen und diese Verordnung später wieder aufgehoben. Auch habe der 4. Strafsenat des Reichsgerichtes wiederholt ausgesprochen, daß mindestens Teile der NSDAP. revolutionäre Bestrebungen pflegten und auf gewaltsame Aenderung der Reichsverfassung ausgingen. In seiner weiteren Replik hielt Ministerialdirektor Dr. Brecht gegenüber den Ausführungen des Ministerialdirektors Gottheiner seine Behauptung aufrecht, daß bei den Besprechungen zwischen von Papen und den Nationalsozialisten auch das Vorgehen gegen Preußen zum Gegenstand der Abmachungen gemacht worden sei. Die heute von Ministerialdirektor neu aufgestellte Behauptung, daß Minister Severing selbst die Bestellung des Reichskommissars gefordert habe, erklärte Dr. Brecht für völlig unglaubhaft.

Der Vorsitzende regte dann an, das Tatsachenmaterial, das dem Staatsgerichtshof in Schriftsätzen und Anlagen in reichem Maße zugeleitet worden sei, für genügend erörtert zu erklären.

Vor dem Staatsgerichtshof führte **Professor Peters-Berlin,** der Vertreter der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages, u. a. aus, am Abend des 20. Juli habe Minister Hirtsiefer ihm erklärt, daß er keinesfalls grundsätzlich Verhandlungen mit dem Reichskanzler abgelehnt hätte, sondern nur die Einladung wegen der Form, als ob sie von einem preußischen Ministerpräsidenten ausgegangen wäre, hätte ablehnen müssen. Er erging sich dann in staatsrechtlichen Betrachtungen allgemeiner Art, in denen er insbesondere gegen frühere wissenschaftliche Ausführungen Prof. Schmitts polemisiert, was den Präsidenten veranlaßt, von einem Gelehrtenstreit zu sprechen, der beendet werden möge.

Ministerialdirektor Badt bezeichnet als die wichtigste Tatsache der Verhandlung die konkrete Behauptung, daß Severing im Juni d. J. selbst die Einsetzung eines Reichskommissars verlangt haben solle. Er könne aber einen konkreten Gegenbeweis dagegen bringen. Dr. Badt verlas ein Dokument, das Severing am 6. Juli unterzeichnet und worin er sich grundsätzlich über die Frage des Reichskommissars für Preußen dahin äußerte, daß die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nach Artikel 48 der Verfassung nicht zu rechtfertigen sei. Die Behauptung der Reichsvertreter sei demnach zwar neu, aber unrichtig.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner: Ich muß erklären, daß ich meine Behauptung aufrecht erhalte. Vorgänge im Inneren eines Ministeriums sind nicht so bedeutungsvoll wie nach außen abgegebene Erklärungen. So hat Severing auch am 20. Juli erklärt, er werde nur der Gewalt weichen. Aber er hat nachher mit Vertretern der kommissarischen Regierung das Maß der Anwendung der Gewalt vereinbart. (Unruhe bei den preußischen Vertretern.)

Ministerialdirektor Dr. Brecht meint, es wäre am zweckmäßigsten, am Dienstag schon den Minister Severing und Freiherrn von Gayl zu dieser Angelegenheit zu hören. Auf seine Bitte fragt dann der Vorsitzende den Vertreter des Reiches, ob es sich nicht vielleicht um eine Unterhaltung über irgendeinen anderen Reichskommissar auf einem Spezialgebiet gehandelt habe.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es sich bei der Unterredung um die Einsetzung eines politischen Reichskommissars gehandelt habe.

Die weitere Erörterung ergibt schließlich, daß der Gedanke zwischen Preußen und dem Reich einmal behandelt wurde, ob man nicht den Zustand beseitigen könne, daß in Norddeutschland in verschiedenen aneinandergrenzenden Ländern die Polizei einmal von einem sozialdemokratischen und einmal von einem nationalsozialistischen Minister geführt werde. Da könne der Gedanke der Einsetzung eines Polizeikommissars für Norddeutschland einmal erwogen worden sein.

Nach mehr als siebenstündiger Dauer wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Die Parteien im Wahlkampf

Parteitag der Wirtschaftspartei

Die Wirtschaftspartei hielt in Berlin einen außerordentlichen Parteitag ab, um zu den Reichstagswahlen Stellung zu nehmen. Nach einem ausführlichen Bericht über die Sammlungsbestrebungen der bürgerlichen Mittelparteien, die ohne Schuld der Wirtschaftspartei gescheitert seien, wurde beschlossen, daß die Wirtschaftspartei an ihrem Parteinamen festhält und mit voller Selbständigkeit in den Wahlkampf geht. Durch eine geeignete Listenverbindung ist dafür Sorge getragen, daß keine Stimme verloren geht. Im Rahmen des Parteitages sprach dann Reichsjustizminister a. D. Prof. Dr. Bredt über die Ziele des Wahlkampfes.

Am Schluß der Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß die Partei jede Politik unterstützen wird, die den Schutz und die Freiheit der Wirtschaft, die Förderung der persönlichen Verantwortung und die völlige Ausschaltung des Sozialismus in jeder Form zum Ziel hat. Darüber hinaus werde die Partei alle Kraft für die Sammlung des bodenständigen christlich-nationalen Bürgertums einsetzen. Die Spitze der Reichsliste der Wirtschaftspartei, die wahrscheinlich mit der Bayerischen Volkspartei wieder vereinigt wird, führt diesmal Prof. Dr. Bredt. An zweiter Stelle wird dann der bisherige Reichstagsabgeordnete Köster stehen. Die dritte Stelle ist einem Vertreter aus Sachsen vorbehalten, während die vierte der Parteiführer Drewitz innehat.

Reichsparteitag der Volksrechtpartei

Die Volksrechtpartei hielt in Leipzig unter Vorsitz des Reichsparteiführers, Reichstagsabgeordneten Bauser, Stuttgart, einen Reichsparteitag ab. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Einstellung der Partei zur Reichstagswahl und zu den aktuellen Fragen der Politik. Nach eingehender Aussprache wurde einmütig beschlossen, sich mit aller Energie am Wahlkampf zu beteiligen. Der Reichsparteiführer wurde ermächtigt, weitere Verhandlungen über eine eventuelle Listenverbindung mit anderen Parteien zu führen.

Ein sich anschließender sächsischer Landesparteitag der Volksrechtpartei beschäftigte sich mit der Frage der Gemeindewahlen. Auch hierbei wurde beschlossen, daß die Volksrechtpartei überall, wo eine Möglichkeit besteht, sich an den Gemeindewahlen beteiligt.

Dr. Göbbels will in einer deutschnationalen Versammlung sprechen

Im „Angriff" wird ein Brief von Dr. Göbbels an die Reichsparteileitung der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht, in dem Dr. Göbbels mitteilt, daß am kommenden Mittwoch im Berliner Sportpalast eine Massenkundgebung der NSDAP. stattfinde, in der er mit Landtagspräsident Kerrl eine Auseinandersetzung mit dem Reichskanzler und der hinter ihm stehenden Deutschnationalen Volkspartei beabsichtige. Dr. Göbbels ersucht, zu dieser Versammlung einen Redner zur Diskussion zu entsenden, dem eine Stunde Redezeit zugebilligt wird. Dr. Göbbels garantiert ihm mit seinem Wort, daß ihm kein Schaden zugefügt und die Versammlung ihm ohne Zwischenrufe und ohne Mißfallenskundgebungen Gehör schenken werde. Sollte Geheimrat Hugenberg diese Bedingung als nicht tragbar erachten, da es sich um eine nationalsozialistische Versammlung handelt, so erklärt sich Dr. Göbbels bereit, in jeder deutschnationalen Versammlung auf Anforderung als Diskussionsredner zu erscheinen, wenn ihm dabei eine halbe Stunde Redezeit zur Verfügung gestellt wird.

Von maßgebender deutschnationaler Seite erfährt das Contibüro hierzu, daß das Angebot des Dr. Göbbels angenommen wird, und zwar in der Form des zweiten Vorschlages. Die Deutschnationale Volkspartei sei jederzeit bereit, Dr. Göbbels in einer ihrer Versammlungen sprechen zu lassen. Sie wird sobald wie möglich Dr. Göbbels auffordern, in einer solchen Versammlung zu erscheinen und ihm auch die Möglichkeit geben, eine genügende Anzahl seiner eigenen Parteianhänger mitzubringen.

Staatspräsident Bolz über Zentrum, Nationalsozialisten und Reichsregierung

In der Sitzung des Landesausschusses der Württembergischen Zentrumspartei befaßte sich Staatspräsident **Dr. Bolz** mit den Ereignissen der letzten Wochen und der politischen Gegenwartslage. Er führte dabei u. a. etwa aus:

Die Zentrumspartei ist nach ihrem Charakter und ihrer Zusammensetzung verpflichtet, verantwortlich zu arbeiten, ob sie innerhalb oder außerhalb der Regierung ist. Es war bei uns nicht die Stellung gegen die Person Papen, nicht die Stellung gegen das jetzige Reichskabinett, die uns zu unserer gegenwärtigen Stellung gebracht hat, sondern es gab für uns nur die Frage: Können wir etwas fertig bringen, was dem deutschen Volke den innerpolitischen Frieden über den Winter garantiert? Wenn wir gezwungen waren, mit den Sozialdemokraten zu gehen, weil uns die politische Lage keinen anderen Weg mehr ließ, so muß man auch Verständnis dafür haben, daß wir auf Grund der politischen Lage im Interesse des Volkes auch mit den Nationalsozialisten verhandeln trotz aller Gegensätze, die uns von ihnen trennen. Die Frage der Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Verantwortung wird auch [illegible] den Wahlen wieder vor uns stehen. Auf längere Zeit ist es ohne innerpolitische Erschütterungen nicht möglich, gegen ein Parlament und gegen die Parteien zu regieren. Was wir brauchen, ist ein Parlament und sind Parteien, die sich selbst bescheiden, und die sagen: „Wir sind zwar da; wir gewähren einer Regierung aber eine gewisse Freiheit. Wir anerkennen, daß man rasch handeln und auch über gewisse Parteiwünsche zur Tagesordnung übergehen muß."

Die Zentrumspartei hat zum Wirtschaftsprogramm der Regierung noch keine Stellung genommen. Wir haben es nicht offiziell anerkannt und auch nicht abgelehnt. Daß wir im Reichstag dem Mißtrauensantrag auf Beseitigung der Notverordnungen zugestimmt haben, war mehr eine politische Demonstration, weil wir wußten, daß der Auflösungsbeschluß bereits gefaßt war. Unser Plan war, neben das, was die Regierung Papen gemacht hat, ein Arbeitsprogramm zu setzen, das über den Winter hinüberbringen sollte. Die Finanzlage der öffentlichen Kassen ist ein Punkt, in dem wir die Regierung Papen angreifen müssen, da die Reichsregierung an dieses Problem nicht herangeht. Wenn die Wirtschaft nicht in Gang kommt, und die Erwartungen nicht erfüllt werden, dann stehen wir in einer üblen Lage.

Staatspräsident Bolz polemisierte dann gegen die außenpolitische Tätigkeit des Kabinetts Papen und gegen den Gedanken einer autoritären Staatsführung und schloß: In der Frage der Verfassungsreform brauchen wir keine grundsätzlichen Gegner der Regierung zu sein. Das Problem Reich und Preußen muß einmal gelöst werden. Bei allem aber ist unbedingte Voraussetzung, daß die Verfassungsreform auf normalem Wege erfolgt, und daß man keine Wege geht, die mit der Verfassung in Widerspruch stehen.

Unveränderte Kandidatenliste des Zentrums in Westfalen

Die in Hamm versammelten Vorstandsmitglieder und Kreisvorsitzenden der Westfälischen **Zentrumspartei beschlossen, die für den aufgelösten Reichstag aus Westfalen-Nord und -Süd aufgestellte Kandidatenliste auch für die kommende Reichstagswahl bestehen zu lassen.**

Eröffnung des Verfahrens gegen Dr. Weiß und Heimannsberg abgelehnt

Die Strafkammer des Landgerichtes 1 in Berlin hat die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den ehemaligen Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß und den früheren Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, gegen die die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Nichtbefolgung der Anordnungen des Militärbefehlshabers, General von Rundstedt, erhoben hatte, abgelehnt.

Generaloberstabsarzt Prof. Dr. Franz,



der Chef des Reichswehrsanitätswesens, tritt aus dem Heeresverbande.

Politischer Terror

Landfriedensbruchs- und ähnliche Prozesse

Das Sondergericht in Dortmund verurteilte den 28jährigen Arbeiter Klemens Hermann aus Unna, der der Kommunistischen Partei angehört, wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit verbotenem Waffenbesitz zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und den 29 Jahre alten Arbeiter Karl Becker wegen schweren Landfriedensbruchs zu 6 Monaten Gefängnis. Zwei weitere Angeklagte, ein Kommunist und ein Parteiloser, wurden freigesprochen.

Nach Verkündung des Urteils erklärte Heumann, daß er sofort in den Hungerstreik treten werde, um ein Wiederaufnahmeverfahren zu erzwingen.

Vor dem Düsseldorfer Sondergericht hatten sich drei Kommunisten wegen politischen Terrors, Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Mißhandlung zu verantworten. Der angeklagte Arbeiter Altenberg wurde zu einem Jahr vier Monaten Zuchthaus verurteilt, ein zweiter Angeklagter erhielt einen Monat Gefängnis, der dritte wurde mangels Beweises freigesprochen.

*

Wegen Landfriedensbruchs hatten sich vor dem Solinger Schöffengericht drei junge Kommunisten zu verantworten, weil sie bei einer Schlägerei am 15. Juni Nationalsozialisten mißhandelt und einen davon in den Teich in den Vorspeler Anlagen geworfen hatten. Obgleich die Angeklagten die Tat bestritten, wurden sie durch Zeugenaussagen doch so schwer belastet, daß das Gericht auf Gefängnis von zweimal 4 und einmal 3 Monate erkannte.

Die Bluttat in Lohrsdorf. — Noch keine einwandfreie Klärung

Die Ermittlungen der Mordkommission Koblenz und der Staatsanwaltschaft in Lohrsdorf nach den Urhebern der furchtbaren Schlägerei, bei der ein Bauernsohn getötet, einer schwer und zwei weitere leichter verletzt wurden, sind auf einem toten Punkt angelangt. Den Beamten gelang es trotz stundenlanger Vernehmungen bis zum Montagmorgen nicht, die Vorgänge einwandfrei zu klären.

Während Dorfbewohner behaupten, von der etwa 15 Mann starken nationalsozialistischen Radfahrertruppe angefallen worden zu sein, erklären die Nationalsozialisten das Gegenteil. Die Nationalsozialisten wurden Sonntag abend auf freien Fuß gesetzt.

Die Schlägerei selbst, die sich in völliger Dunkelheit abspielte, dauerte nur wenige Minuten. Es war ein furchtbarer Kampf, an dem neben den Nationalsozialisten und etwa 20 Bauern auch Frauen teilnahmen. Erst als die Nationalsozialisten den Kampfplatz verlassen hatten, fanden die Bauern einen ihrer Leute, den 23jährigen Eduard Bonz, mit schweren Kopfverletzungen tot. Der ebenfalls schrecklich zugerichtete 25jährige Mathias Felch ist operiert worden und schwebt in Lebensgefahr.

Schiebungen!

Die Berliner Zollfahndungsstelle verhaftet

Die Zollfahndungsstelle Berlin hat eine neue Effektenschiebung aufgedeckt und vier Personen verhaftet. Es soll sich um Schiebungen im Werte von etwa 100 000 Mark handeln.

Festnahme eines Londoner Juwelenhändlers in Ungarn

Gegen den englischen Staatsbürger Norman Weiß, einem der bekanntesten Juwelenhändler Londons, hat die Budapester Polizei ein Verfahren wegen Uebertretung der Devisenvorschriften eingeleitet. Norman Weiß, der ungarischer Abstammung ist, weilte seit acht Wochen in Ungarn und hatte vor drei Tagen in Budapest eine dort ansässige geschiedene Frau geheiratet, die er in London kennen gelernt hatte. Im Auto von Weiß, der mit seiner Frau Budapest verließ, wurden bei der Zollrevision in der Grenzstation Oroszvar zwölf Brillant-, Platin" und Perlenjuwelen im Werte von etwa 200 000 Pengö, ferner ein Paket von auf den französischen Märkten emittierten Aktien gefunden. Norman Weiß und seine Frau wurden nach Budapest gebracht und dort nach eingehendem Verhör auf der Oberstadthauptmannschaft wieder freigelassen. Die bei ihnen gefundenen Juwelen wurden mit Beschlag belegt.

Sprengstoffanschlag gegen eine Kirche in Aschaffenburg

Der bereits im Mauerwerk fertiggestellte 20 Meter hohe Turm der neuen evangelischen Paulus-Kirche in Aschaffenburg war am 6. d. M. eingestürzt.

Wie die „Aschaffenburger Zeitung" jetzt meldet, ist bei den Aufräumungsarbeiten eine Stelle entdeckt worden, an der eine Sprengstoffladung angebracht war. Man fand noch ein Stück unverbrauchte Zündschnur sowie Sprengkapseln.

Die Arbeitsbeschaffung

Die Durchführung des Programms der Reichsregierung

Zum Arbeitsbeschaffungsprogramm hat der Reichsverkehrsminister erneut darauf hingewiesen, daß es sich bei den Bauausführungen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms um zusätzliche Arbeiten handelt.

Durch diese Arbeiten dürfen andere Bauausführungen (z. B. solche der laufenden Unterhaltung) nicht berührt werden. Insbesondere ist es unzulässig, daß die Arbeiten des Beschaffungsprogramms zur Entlassung von Arbeitern auf anderen Baustellen führen

Neueinstellungen

Die Friedrich-Alfred-Hütte, Rheinhausen, wird in den stillgelegten Abteilungen am 17. Oktober den Betrieb bis auf weiteres wieder aufnehmen.

*

In diesen Tagen werden die Phönix-Werke in Letmathe 150 Arbeiter einstellen, da die dem Werk angeschlossene Verzinkerei wieder in Betrieb genommen werden soll.

*

In der zweiten Hälfte des September hat im Velberter Bezirk die leichte Belebung angehalten. In der Kalksteinindustrie, der Beschlagindustrie, dem Gießerei- und Baugewerbe war eine leichte Aufwärtsbewegung zu verzeichnen, die sich in Neueinstellungen bemerkbar machte. Auch die Textilindustrie war besser beschäftigt und konnte auf entlassene Arbeitskräfte zurückgreifen.

*

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion in Breslau teilt mit: Die von der Reichsbahndirektion Breslau in Aussicht genommenen Einstellungen von Bahnunterhaltungsarbeitern zur Durchführung der zusätzlichen Gleiserneuerungen sind größtenteils durchgeführt. Es sind in dieser Woche bereits 900 Arbeiter eingestellt worden.

*

Vom 15. September bis 8. Oktober sind in Bayern insgesamt 4774 Arbeiter und 45 Angestellte neu eingestellt worden.

Der Streik bei den Bayerischen Motorenwerken, München

Wie von der Verwaltung der Bayerischen Motorenwerke A. G., München, auf Anfrage mitgeteilt wurde, ist von der Arbeiterschaft außer den Lehrlingen am Montag niemand im Betriebe erschienen. Nach einer Bekanntmachung der Betriebsleitung ist somit die gesamte Belegschaft entlassen. Die Betriebsleitung war ursprünglich der Ansicht, daß mindestens ein großer Teil der Arbeiterschaft, die am Sonnabend wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt hatte, sich am Montag zu der Wiederaufnahme der Arbeit einfinden würde.

Dr. Gereke über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden

Die Vereinigung der sächsischen Landgemeinden hielt in Dresden ihre Hauptversammlung ab. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Präsidenten des Deutschen Landgemeinde-Tages, Landrat a. D. Dr. Gereke (Pressel), über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden.

Dr. Gereke wies zunächst auf die finanzielle Notlage der Gemeinden hin. Schon heute lasse sich bei aller Anerkennung des guten Willens der Reichsregierung feststellen, daß der eingeschlagene Weg, bei der Arbeitsbeschaffung alles der Privatinitiative zu überlassen, nicht zu dem gewünschten Erfolg, schnell und in großem Umfange Erwerbslose von der Straße wegzubringen führen könne.

Dr. Gereke fuhr dann fort: Wir in den Landgemeinden sind bereits, ehe die Einzelheiten des Regierungsprogramms bekannt waren, von der Erwägung ausgegangen, daß die Privatinitiative nicht ausreicht, um alle die volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten in Angriff zu nehmen, die in den letzten Jahren liegengeblieben oder unterbrochen sind. Das trifft in erster Linie zu auf Straßenbau, Flußregulierungen, Siedlungen, Eindeichungen und in bestimmtem Umfange auch auf Landeskulturarbeiten. Bei dieser Art der Arbeiten würde man nicht mehr einer großen Zahl von Arbeitslosen wieder Lohn und Arbeit geben, sondern mit der Stärkung der Kaufkraft auch der Landwirtschaft helfen und schließlich die bevölkerungspolitisch notwendige Rückentwicklung zum flachen Lande, die Erschließung dünnbevölkerter Landesteile erreichen.

Die Art der Arbeiten erfordert natürlich die Aufstellung eines festumrissenen, mehrere Jahre umfassenden Planes. So stark bei dem Charakter unseres Vorschlages die Initiative der Arbeitsbeschaffung dezentralisiert von den unteren Selbstverwaltungskörperschaften her erfolgen soll, so sehr muß natürlich dafür Sorge getragen werden, daß nur volkswirtschaftlich wichtige, finanziell tragbare Arbeiten ausgeführt werden. Ueber die Einzelheiten unseres Programms, dessen Arbeiten grundsätzlich zu vollem Lohn der Arbeiter und unter Heranziehung der freien Wirtschaft erfolgen sollen, ist schon viel geschrieben und gesprochen worden. Ich möchte zur Vermeidung aller Mißverständnisse nochmals klar die Grundsätze der von uns vorgeschlagenen Kreditschöpfung herausholen:

Im Grundsatz genau wie bei den Steuergutscheinen sollen die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Genossenschaften öffentlich-rechtlicher Art auf einen Teil der Steuereingänge künftiger Jahre vorgreifen können, um damit produktive Arbeiten zu finanzieren. Wie schon bisher sollen dazu Anleihebeschlüsse gefaßt und die Anleihen bei den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten verflüssigt werden. Für die von uns vorgeschlagene zentrale Lösung dieses umfassenden Problems ist es notwendig, Anschluß an den bestehenden Geldverkehr und damit die zentrale Notenbank, die Reichsbank, zu finden. In welcher Form man das tut, ist eine Frage der technischen Zweckmäßigkeit. Nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen kann man annehmen, daß grundsätzliche Widerstände gegen diese Seite der Angelegenheit kaum erhoben werden.

Am Schluß seiner Ausführungen wies Dr. Gereke mit Nachdruck auf den großen Ernst der Lage hin. Es sei außerordentlich zu bedauern, daß mit der Beratung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms so lange gezögert worden sei. Selbst unter günstigsten Voraussetzungen brauche es natürlich einige Wochen zum Anlauf, und der Winter stehe schon nahe vor der Tür. Hätte man nach Bekanntwerden des Programms sofort darüber entschieden, dann wäre man heute bereits mitten in der praktischen Arbeit. Das bisherige Ergebnis der Arbeitereinstellungen sei recht unbefriedigend, noch dazu, wenn man bedenke, daß wir nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung über 7 Millionen Arbeitslose haben, von denen ein Teil wegen der verschärften Bedürftigkeitsprüfung lediglich nicht mehr in den amtlichen Ziffern erscheine.

Innenpolitisches

Lehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung

Demnächst werden die ersten regelmäßigen Lehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung beginnen. In dreiwöchigen Kursen sollen zunächst Hilfslehrer für den Geländesport herangebildet werden. Hierzu können von allen Verbänden, die sich zur Mitarbeit bereiterklärt haben, Teilnehmer vorgeschlagen werden. Die Kosten der Lehrkurse auf den Geländesportschulen trägt das Reichskuratorium. Unterkunft und Verpflegung sind für die Teilnehmer frei. Ebenso wird Bekleidung und Ausrüstung den Lehrgangsteilnehmern vom Reichskuratorium gestellt. Jede parteipolitische Betätigung in den Lehrgängen ist verboten.

Mit den Landesregierungen hat eine Besprechung über die Aufgaben des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung stattgefunden und die Zustimmung sämtlicher Landesregierungen ergeben. Das Reichskuratorium, das nicht die gesamte Arbeit zentral leiten kann, wird zwölf Zweigstellen im Reichsgebiet einrichten, welche die Aufgabe haben, sowohl mit den Landesregierungen und Landesbehörden wie mit den Untergliederungen der Verbände enge Fühlung zu halten. Sie sollen ferner den Unterricht an den Geländesportschulen ihres Gebiets überwachen.

Keine Kürzung der Gehälter durch die Reichsregierung

In einer westdeutschen Zeitung ist davon die Rede, daß der mecklenburgische Ministerpräsident Granzow in einem Schreiben an die Finanzminister der Länder von einer Kürzung der Beamtengehälter durch die Reichsregierung gesprochen hat. Wie aus Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, mitgeteilt wird, ist vom Reich eine derartige Gehaltskürzung nicht geplant. Einzelne Länder sind zwar an die Reichsregierung mit dem Wunsche herangetreten, die Gehälter zu kürzen, doch sind diese Ersuchen von der Reichsregierung abgelehnt worden. Sie hat auch keine generelle Anregung zu Gehaltskürzungen an die Länder gegeben.

Der Beamten-Wirtschafts-Verein an den Reichskanzler

Der Vorstand des Schutzverbandes der Genossen des Beamten-Wirtschaftsvereins und Rechtsanwalt Dr. Samter haben ihrer Hilfsaktion für die Genossen des Beamten-Wirtschaftsvereins eine neue Wendung durch eine direkte Eingabe an den Reichskanzler von Papen gegeben, in der sie ihn um eine finanzielle Unterstützung für die Genossen gebeten haben. Hierzu habe sich der Schutzverband besonders deshalb veranlaßt gesehen, weil von verschiedenen Seiten gegen die Interessen der gesamten preußischen und reichsdeutschen Beamtenschaft in immer stärkerem Maße auf die völlige Vernichtung des Beamten-Wirtschafts-Vereins durch Konkurseröffnung hingezielt werde. Dies müsse aber seitens des Schutzverbandes im Interesse der Sparer und sämtlicher Genossen und ebenso im Interesse des allgemeinen Ansehens der Beamtenschaft mit allen Mitteln vermieden werden.

NSDAP und KPD beschicken allein den Auswärtigen Ausschuß

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. erfährt, wird sich das Zentrum an den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags am Dienstag nicht beteiligen. Es wird lediglich den Abgeordneten Dr. Pell als Beobachter in den Ausschuß entsenden. Die Sozialdemokraten werden sich erst am Dienstagvormittag darüber schlüssig machen, ob eine Teilnahme an den Beratungen einen Zweck hat angesichts der Tatsache, daß die Regierung nicht im Ausschuß erscheint. Da die Deutschnationalen schon mitgeteilt haben, daß auch sie an der Ausschußsitzung nicht teilnehmen werden, ist es möglich, daß Nationalsozialisten und Kommunisten allein bleiben werden.

Disziplinarkammer-Urteil gegen eine Regierungsrätin

Die Disziplinarkammer in Hamburg fällte das Urteil gegen die Regierungsrätin Erkens von der Hamburger weiblichen Kriminalpolizei. Frau Erkens wurde zur Strafe der Dienstentlassung verurteilt, jedoch wurden ihr mildernde Umstände zugebilligt, um dadurch dem Senat und dem Bürgerausschuß die Möglichkeit zu geben, ihr eine Pension oder eine vorübergehende Unterstützung zu gewähren.

Die Angelegenheit bezieht sich auf die Vorfälle in der Hamburger weiblichen Polizei im Sommer v. J., wo zwei Beamtinnen, die der Frau Erkens unterstellt waren, auf der Insel Pellworn Selbstmord begangen haben. Das Gericht hat eine Schuld der Frau Erkens an dem Tode der beiden Beamtinnen nicht feststellen können, auch ungehörige Behandlung ihrer Untergebenen konnte ihr nicht nachgewiesen werden. Die Strafe wurde ausgesprochen wegen Ungehorsams gegen dienstliche Anweisungen und wegen unrichtiger Presseinformationen über amtliche Vorgänge.

Stadtverordnetenwahl in Gerdauen

Bei den in Gerdauen abgehaltenen Stadtverordnetenwahlen blieb die Wahlbeteiligung mit 34% weit hinter der der letzten Reichstagswahl (94%) zurück; bei der letzten Landtagswahl hatten 88% und bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1929 87% der Wählerschaft ihre Stimme abgegeben.

Bei der jetzigen Wahl entfielen auf NSDAP. 483 Stimmen (bei der letzten Reichstagswahl 1074, bei der letzten Landtagswahl 990 und bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1929 126 Stimmen), SPD. 593 (gegen 898 bzw. 1041 bzw. 1011), Bürgerliche Einheitspartei (umfassend Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei, wahrscheinlich auch Zentrum) 462 (gegen 213 bzw. 260 bzw. 944), KPD. 170 (gegen 217 bzw. 107 bzw. 0), Christlich-Soziale 151 (gegen 101 bzw. 116 bzw. 0).

An Mandaten erhalten NSDAP. 4 (bisher auf Grund der Wahl von 1929 1), SPD. 6 (8), Bürgerliche Einheitsliste 4 (7), KPD. 1 (0), Christlich-Soziale 1 (0).

Totschlag und Mord

Eine furchtbare Familientragödie

Der 37 Jahre alte Bürgermeister in Scharrtanne bei Auerbach, Hofmann, erschlug seine 35 Jahre alte Frau, seinen Sohn und seine kleine Tochter im Bett mit einem Beil. Hofmann ging dann in den nahen Wald und erhängte sich. Der Grund dieser furchtbaren Tat konnte noch nicht festgestellt werden. In Briefen hat Hofmann lediglich angegeben, er habe seine Angehörigen getötet, um sie nicht allein in der Welt zurückzulassen.

Ein Drama im Bahnwärterhaus

Ein Bahnwärter tötete im Bahnwärterhaus die Ehefrau eines Bahnarbeiters durch Hammerschläge auf den Kopf. Der Mörder erhängte sich dann.

Zwölf Polizisten im Kampf mit Wegelagerern getötet

Bei Culieuli Jolo bei Manila wurde eine Polizeiabteilung von einer Verbrecherbande aus dem Hinterhalt angegriffen. Es kam zu einem verzweifelten Kampf, in dessen Verlauf zwölf Polizisten getötet und zwei verwundet wurden. Drei Polizisten werden noch vermißt.

Generalversammlung des Evangelischen Bundes

An der 36. Generalversammlung des Evangelischen Bundes, die vom 7. bis 9. Oktober in Kassel abgehalten wurde, nahmen über 300 Abgeordnete aus allen Teilen des Reiches teil. In den in der Gesamtvorstands- und Abgeordnetenversammlung aufgestellten Forderungen des deutschen Protestantismus für Staat und Kirche heißt es u. a.:

Wir fordern eine kraftvolle und gerechte, vor Gott verantwortliche Staatsregierung, die bewußt dem durch Blut und Geschichte geformten Volkstum dient und darum Gehorsam fordern kann. Die Regierung muß alle Kräfte einsetzen für die Freiheit unseres Volkes. Bei der Anstellung der Beamten darf der Staat nicht nach der Konfessionszugehörigkeit, sondern allein nach der Befähigung und Leistung fragen. Ehe, Familie und Sitte sind als Grundlage aller Volkskraft zu fördern und vor Zersetzung zu schützen. Für die gesamte Jugend des evangelischen Volksteils wird eine auf evangelisches Christentum und deutsche Art begründete Erziehung verlangt. Der Staat muß jeder Herabwürdigung und Verletzung des religiösen Bewußtseins entgegentreten.

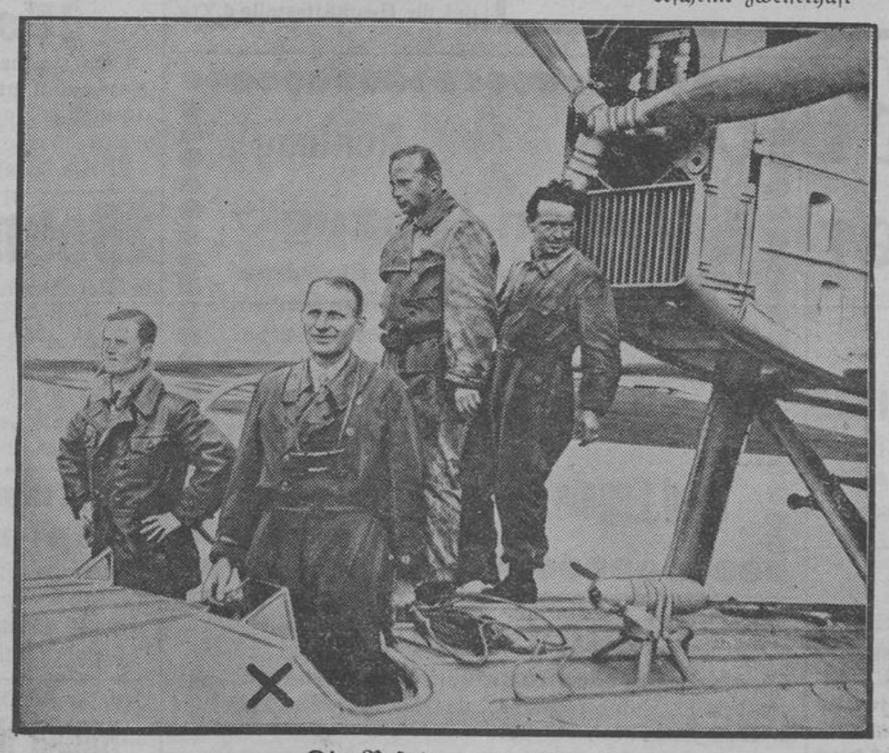
In den sich an die Forderungen anschließenden Richtlinien heißt es, daß der Evangelische Bund die Pflicht habe, die deutsch-protestantischen Interessen auch im politischen Leben und durch politische Mittel zu wahren. Der Begründung einer politischen Partei auf konfessioneller Grundlage stehe der Bund nach wie vor mit schwersten Bedenken gegenüber. Für kirchliche Wahlen fordert er die Ausschaltung jedes parteipolitischen Motivs.

Der flüchtige ehemalige Millionär Samuel Insull in Athen verhaftet

Der von den Polizeibehörden der ganzen Welt gesuchte ehemalige Millionär Samuel Insull aus Chikago, der angeblich 400 Millionen Dollar unterschlagen haben soll und aus Amerika geflüchtet war, ist in Athen verhaftet worden.

Notlandung des Weltfliegers von Gronau im Indischen Ozean

Der deutsche Weltflieger Wolfgang von Gronau, der sich auf dem Wege von den Philippinen nach Indien befand, mußte mit seinem „Grönland-Wal" auf dem Indischen Ozean wegen eines Motordefektes notlanden. Er sandte sofort SOS-Rufe aus. Der Dampfer „Caragola" eilte zur Unglücksstelle und nahm die Besatzung an Bord. Ob Gronau nun noch seinen Weltflug wird fortsetzen können, erscheint zweifelhaft



Die Besatzung gerettet

Eine Aufnahme der Besatzung des „Grönland-Wals", die von einem Dampfer gerettet wurde. Der Führer Wolfgang von Gronau ist durch ein Kreuz besonders gekennzeichnet



Der Schauplatz der Katastrophe

Das Kreuz bezeichnet die Stelle, an der Wolfgang von Gronau mit seinem „Grönland-Wal" niedergehen mußte

Die Abrüstungsdebatte

Englische Erklärung zum Besuch Herriots in London

Reuter meldet aus London: Man bemerkt angesichts des Umstandes, daß Herriot allein nach London eingeladen worden ist, es bestehe für Deutschland und Italien wegen dieser Tatsache kein Grund zu einer kühleren Haltung, denn es sei nicht notwendig, diese beiden Länder erst von der Nützlichkeit einer Viererkonferenz zu überzeugen. Der einzige Grund, der die britische Regierung veranlaßt habe, Herriot einzuladen, sei der lebhafte Wunsch der britischen Regierung, jede Schwierigkeit zu beseitigen, die der Konferenz hinderlich sein könnte.

Zusammenkunft Herriot—Macdonald am 13. d. M.

Havas teilt mit, daß die Begegnung zwischen Macdonald und Herriot am 13. Oktober in London stattfinden werde. Herriot wird Paris am Mittwoch verlassen.

Der neue Abrüstungsplan Frankreichs

geht laut „Volonte" dahin, Hoovers Memorandum als Grundlage zu nehmen, aber unter der Bedingung, daß dieser Plan durch Bestimmungen über die Organisierung der Sicherheit durch gegenseitige Hilfeleistung ergänzt werde. Die Vereinigten Staaten würden, wie das Blatt weiter mitteilt, aufgefordert werden, die wirtschaftliche Blockade gegen den Angreifer zugunsten der Angegriffenen zu verhängen. England müßte darüber hinaus an einer Organisation gegenseitiger Hilfeleistung in Europa teilnehmen. Die von Deutschland geforderte Gleichberechtigung würde dann ohne Ungelegenheiten möglich sein. Das Blatt fordert vor der endgültigen Annahme dieses Planes, der die Kristallisierung des politischen und territorialen status quo darstelle, eine Regelung der französisch-deutsch-polnischen Streitfragen namentlich betreffend die deutsche Ostgrenze.

Ein Interview des Reichsministers a. D. Treviranus

Die Zeitung Paris Midi veröffentlicht Erklärungen des in Paris weilenden ehemaligen Reichsministers Treviranus.

Treviranus erklärte nach dem Blatte, man habe ihn in ganz Europa für ein Schreckgespenst gehalten. Darin habe man sich aber getäuscht. Er wünsche die Verständigung der Völker, aber sie sei sehr schwierig, und er sehe auch die Zukunft dunkel. Um zu internationaler Verständigung zu gelangen, müsse man erst einmal zu nationaler Verständigung kommen, und diesen Weg beschreite kein Land. In Deutschland würden die Wahlen, wenn sie jetzt stattfinden, ohne Zweifel den extremen Parteien Gewinn bringen. Ein Land schleppe eben nicht ungestraft Millionen von Arbeitslosen mit sich. Man müsse die Zeit arbeiten lassen und viel Geduld haben. Das habe Briand, mit dem er sich gelegentlich seiner letzten Reise ausgesprochen habe, sehr wohl verstanden. Die Nationen könnten sich in der Zukunft verständigen, aber unter der Bedingung, daß sie klug und ehrlich miteinander reden, nicht Uebertriebenes von einander verlangen und die Berechtigkeit und Berechtigung gewisser [illegible] rungen anerkennen. Jedes Land müsse einmal seine eigene Milch [illegible]

dürfe unstabil in das Konzert der Nationen treten. Ehrlichkeit sei nötig, denn es dürfe nicht mehr vorkommen, daß man zum Beispiel die Aeußerungen eines Politikers von Rang entstelle, um sich ihrer zu nationalen Zwecken oder sogar für Parteikämpfe zu bedienen.

Spanisch-französische Annäherung

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt: Die Annäherung zwischen der neuen spanischen Republik und Frankreich ist in letzter Zeit sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, besonders seit dem Amtsantritt der jetzigen radikalen Regierung in Frankreich. Ein Beispiel für diese französisch-spanische Zusammenarbeit kann man in der Unterstützung erkennen, die die spanische Delegation in Genf dem französischen Plan für Abrüstung und Sicherheit zuteil werden läßt. Der Korrespondent fügt hinzu, ein Ergebnis dieses Einvernehmens werde vielleicht sein, daß der vormalige König Alfonso seine Absicht, seinen dauernden Wohnsitz in Frankreich zu nehmen, aufgeben werde.

Unterbrechung der Beratungen über die Reorganisation des Völkerbundssekretariats

Die Beratungen über die Reorganisation des Völkerbundssekretariats sind auf mehrere Tage unterbrochen worden. Der italienische Vertreter Rosso äußerte Zweifel, ob die Völkerbundsversammlung überhaupt befugt sei, Richtlinien für die Anstellung der leitenden Persönlichkeiten des Völkerbundssekretariats aufzustellen, und wies ferner darauf hin, daß der Chef der italienischen Delegation, Aloisi, der nach Genf unterwegs sei, den Wunsch geäußert habe, daß die Beratungen bis zu seiner Ankunft unterbrochen werden. Der Sonderausschuß hat dem Wunsch entsprochen. Der Einspruch des italienischen Vertreters ist mit formellen Bedenken begründet worden. Man geht aber wohl nicht fehl, wenn man den Grund der italienischen Bedenken darin sucht, daß die Beratungen über die Sekretariatsreform am Samstag eine Wendung genommen hatten, mit der Italien nicht einverstanden ist.

Ostasiatisches

Fengjuhsiang gegen den Lytton-Bericht

Der unter der Bezeichnung „Der christliche General" bekannte chinesische Heerführer Fengjuhsiang und mehrere andere Gegner Tschiangkaischeks haben eine Kundgebung veröffentlicht, in der sie entschieden gegen den Bericht der Lytton-Kommission Stellung nehmen und für eine sofortige Mobilisierung der gesamten Nation gegen Japan eintreten. Weiter fordern sie eine strenge Ueberwachung der Zentralregierung in Nanking, damit diese nicht vor Japan zurückweiche. Man glaubt, daß sich diese Kundgebung in erster Linie gegen Tschangshueliang richte.

Sühne für den Bombenanschlag auf den Kaiser von Japan.

Der Koreaner, der am 8. Januar ein Bombenattentat auf den Kaiser von Japan verübt hatte und zum Tode verurteilt worden war, ist hingerichtet worden.



EG-Waren

Die genossenschaftlichen Eigenfabrikate nur durch die

Konsumgenossenschaft Einigkeit

Remscheid

Viehmärkte vom 10. Oktober 1932

	Essen	Dortmund	Düsseldorf	Elberfeld	Köln	Frankfurt
Auftrieb: Großvieh	621	—	—	733	—	—
Ochsen	47	—	114	247	—	—
Bullen	245	—	53	83	—	—
Kühe	170	—	121	207	—	—
Färsen	95	—	60	126	—	—
Fresser	64	—	—	70	—	—
Kälber	433	—	375	405	—	—
Schafe	72	—	2	29	—	—
Schweine	2596	—	2753	2897	—	4598
Ziegen	—	—	—	—	—	—
Preise:						
Ochsen: vollfleisch. ausgemäst. a) jüngere	30–32	—	30—33	29—31	—	—
b) ältere	—	—	—	—	—	—
sonstige vollfleischige a) jüngere	27–29	—	26—29	25—28	—	—
b) ältere	—	—	—	—	—	—
fleischige	—	—	22–25	20–24	—	—
gering genährte	—	—	—	—	—	—
Bullen: jüngere vollfleischige	—	—	—	—	—	—
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	22—24	—	22—25	22—24	—	—
fleischige	20–21	—	—	19–21	—	—
gering genährte	17–19	—	—	—	—	—
Kühe: jüngere vollfleischige	28–30	—	27—30	26–28	—	—
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	24–27	—	23–26	23–25	—	—
fleischige	20–23	—	18–22	18–22	—	—
gering genährte	17–19	—	—	12–17	—	—
Färsen: vollfleischige, ausgemästete	30–32	—	29–31	28–30	—	—
vollfleischige	27–29	—	26–28	24–27	—	—
fleischige	24–26	—	22–25	20–23	—	—
Fresser: mäßig genährtes Jungvieh	16–22	—	—	16–20	—	—
Kälber: Doppellender bester Mast	60–70	—	—	—	—	—
beste Mast- und Saugkälber	50–54	—	50–56	50–53	—	—
mittlere Mast- und Saugkälber	40–48	—	42–49	40–49	—	—
geringe Kälber	32–38	—	30–40	30–39	—	—
Schafe: Mastl. u. jg. Masthb. a) Weidemast	30–32	—	—	—	—	—
b) Stallmast	—	—	—	—	—	—
mittl. Mastl., alt. Masthb., gut gen. Schafe	24–28	—	—	—	—	—
fleischiges Schafvieh	18–23	—	—	—	—	—
gering genährtes Schafvieh	—	—	—	—	—	—
Schweine: Fettschweine üb. 300 Pfd. L.-G.	—	—	—	46—47	—	45—47
vollfleischige von ca. 240—300 Pfd.	45—47	—	44—49	46—47	—	43—47
vollfleischige von ca. 200—240 Pfd.	44—47	—	44—49	42—46	—	42—46
vollfleischige von ca. 160—200 Pfd.	40—44	—	42—47	42—46	—	40—43
fleischige von ca. 120—160 Pfd	38—40	—	40—43	39—41	—	—
fleischige unter 120 Pfd.	—	—	35—38	35—38	—	—
Sauen	32—42	—	35–39	32—42	—	—

Die Preise verstehen sich für 50 kg Lebendgewicht und sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten. Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Tendenz: **Essen:** Großvieh ruhig, Kälber flott, Schafe und Schweine mittel; **Düsseldorf:** Großvieh, Kälber mittelmäßig, Schweine mittelmäßig; **Elberfeld:** Großvieh sehr langsam, Kälber und Schweine mittel; **Frankfurt:** Schweine mittelmäßiger Ueberstand, Fettschweine Klasse A über Notiz.

Drucksachen
lief. die Geschäftsstelle d. Ztg.

3 Zimmer-Wohnung

1. Etage, schöne große Zimmer, sofort und 1 **großes Einzelzimmer** zu November zu vermieten.

Wilh. Pieper, Hilgen.

Wohnhaus

in Kleinhamberg (8 Zimmer) mit Stall, Scheune, Garten und Baumhof zu verkaufen. Wohnung (4 Zimmer) kann sofort bezogen werden.

Angebote unter „P 2" an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

2 Zimmer-Wohnung

sofort oder später an ruhige ältere Leute zu vermieten.

Emil Schmitz, Hilgen Kleinbrucherstraße.

Verhältnissehalber gebrauchte

Möbel und Herd

zu verkaufen.

Näheres bei

Aug. Schwiegelshohn
Herbergsplatz.

Freiw. Feuerwehr
Löschzug 3 Dierath.

Mittwoch, 12. Oktober, abends 8.30 Uhr,

Versammlung

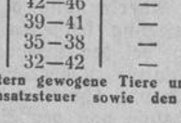
im Vereinslokal.

Tagesordnung liegt vor.

Zahlreiches Erscheinen erwartet:

Wescher, Brandmeister.

Achtung! Achtung!



Es wird am **Mittwoch, den 12. Oktober,** nachm. von 5 bis 6 Uhr, an der Wirtschaft **H. Prante in Hilgen** ein großer Transport von zirka

100 oldenb. Schweinen

das Stück von 6 RM an, auch größere Läuferschweine, spottbillig verkauft.

Kutsch, Bossel

Wallfahrt nach Kevelaer

mit dem Solinger Schnellverkehr (elegante Reiseautobusse)

Telefon 22233 Amt Solingen

am Donnerstag, den 13. Oktober 1932

Abfahrt vormittags 5.30 Uhr ab Burscheid katholische Kirche. Preis 3.50 RM. pro Person.

Anmeldungen an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Vermessungsarbeiten

für das Kataster, wie Teilungen, Grenzfeststellungen, sowie Lagepläne für Conzessionsgesuche jeder Art, Sicherstellung von Wasserrechten, Nivellements usw. führt aus

Theis

Staatlich vereideter Landmesser in Wermelskirchen, Fernspr. 2478

Achtung! Achtung!

Wegen Umzug

gebe ich von heute ab nur für kurze Zeit auf alle Haushaltungswaren (ausgeschlossen Lebensmittel) einen Rabatt von

15 bis 20%

Ferd. Engels, Burscheid, Hauptstr. 40

Bekanntmachung

Die nächste **Mutterberatungsstunde** findet am Dienstag, den 11. Oktober ds. Js., nachmittags von 3—4 Uhr, im evgl. Gemeindehause statt.

Die Sprechstunden der Kreisfürsorgerin finden bis auf weiteres nach der Mutterberatungsstunde, also 14tägig, Dienstags von 5—6 Uhr im Rathause statt.

Burscheid, den 8. Oktober 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Burscheider Zeitung — Nr. 239 2. Blatt Dienstag, 11. Oktober 1932

Ein herbstfrohes „Hatschie"

Der Herbst hat siegreichen Einzug gehalten; mit großem Erfolg trotzt er den wärmenden Sonnenstrahlen, in seinem Gefolge marschieren Regen, Nebel — und eine harte Kälte, die in den letzten Tagen, sowie die Dämmerung hereinbricht, schon recht unangenehm zu werden beginnt — und leider auch die gefürchteten Erkältungskrankheiten. Allenthalben hört man ein herbstfrohes „Hatschie", und Taschentücher von riesigen Ausmaßen werden an geschwollene Nasen und tränende Augen gehalten. Schnupfen und Husten feiern Triumphe.

Aber das sind noch verhältnismäßig harmlose Krankheiten. Viel schlimmer ist es, wenn man von einer tückischen Grippe gepackt wird. Darum muß man sich gerade jetzt in der Uebergangszeit besonders vor einer Erkältung in acht nehmen und die alte Mahnung beherzigen „Verhüten ist besser als heilen!" Vor allen Dingen muß man für warme Kleidung sorgen. Der Sommer hat endgültig Abschied genommen, der Herbst läßt sich nicht aufhalten, auch nicht, wenn man ihm durch leichte Kleidung bedeuten will, daß man noch von Kopf bis Fuß auf Sommer eingestellt ist. Es wäre töricht, in der kühlen Jahreszeit ausprobieren zu wollen, wie abgehärtet man ist, denn Sturm und feuchter Nebel verstehen keinen Spaß, und unversehens hat man sich eine ernste Grippe geholt und kann im Bett über seinen Leichtsinn nachdenken, d. h. wenn Kopf- und Halsschmerzen überhaupt einen klaren Gedanken zulassen.

Der Herbst mit seinen Sonnentagen, mit seiner herben, reinen Luft eignet sich besonders gut für größere Fußwanderungen. An einem schönen, klaren Herbsttage durch braungoldenes, raschelndes Laub, über weite, sonnenbeglänzte Felder zu wandern, bedeutet reine Freude und stärkt den Körper mehr als das Herumwandern in der sommerlichen Gluthitze. Auch wenn draußen der Sturm tobt und die trockenen Blätter wirbelnd von den Bäumen reißt, lohnt sich ein Spaziergang. Man braucht sich auch nicht gleich hinter dem Ofen zu verkriechen, wenn einmal der Regen gegen die Fenster prasselt. Nur muß man, um in solchem Wetter auszugehen, selbstverständlich für entsprechende Kleidung und festes Schuhwerk sorgen und den Spaziergang nicht allzu lange ausdehnen.

Wer aber jetzt noch im Freien lagern will wie mitten im Hochsommer oder abends gemütlich im Garten sitzen, der darf sich auch nicht wundern, wenn am nächsten Morgen sein fröhliches „Hatschie" durch das Zimmer schallt, sowie er die Nase aus dem Bett hebt. Zwar meint es die Sonne um die Mittagszeit noch besonders gut, aber es darf nicht dazu verleiten, ohne warmen Mantel auszugehen, denn sobald sie verschwunden ist, steigen feuchte Nebel auf, und es wird empfindlich kühl. Einer Erkältung vorbeugen ist leichter und billiger als den Arzt holen. Dazu gehört auch, daß man sich in der Bahn, im Theater, im Kino, überall wo viele Menschen zusammen sind und die Ansteckungsgefahr naturgemäß am größten ist, besonders in acht nimmt.

Aus der Heimat

Gustav Pott 70 Jahre alt

Heute, am 11. Oktober, feiert der bekannte schwedische Industrielle Gustav Pott, ein Burscheider Kind, seinen 70. Geburtstag. Er war es, der als erster in Schweden die mech. Schuhfabrikation einführte. Aber trotz allen Erfolgen im Ausland ist er ein echter Deutscher geblieben, und wenn die Archive des Generalstabes in Berlin von den guten Deutschen im Ausland reden wollten, würde sich zeigen, was ein einzelner Burscheider Junge im Weltkrieg für sein Vaterland geleistet hat. Nach dem Kriege baute er auf seiner Schäreninsel Nämdö ein Erholungsheim für deutsche Kinder, dem viele durch Hungerblockade krank gewordene deutsche Kinder Gesundheit und neue Lebenskraft verdanken. Auch mancher in der alten Heimat weiß die stets offene Hand des alten Burscheiders zu schätzen.

Deshalb auch unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche dem Burscheider Kind!

Jubiläumskonzert des Instrumentalvereins

Wir werden darauf hingewiesen, daß der Kartenverkauf zum Jubiläumskonzert des Instrumentalvereins am kommenden Sonntag, den 16. Oktober, schon vor längerer Zeit eingesetzt hat, viele Einwohner aber sich noch nicht in den Besitz der Karten gesetzt haben. Der Verkauf findet in den bekannten Verkaufsstellen (siehe Plakate) und durch die Mitglieder statt.

Der Abonnementspreis beträgt 1,20 RM, Einzelkarte 0,75 RM und für Erwerbslose und Schüler 0,40 RM.

Wir dürfen weiter darauf verweisen, daß im Laufe der Woche noch eine Programm-Besprechung und eine biographische Skizze über die Solisten des Abends in dieser Zeitung erscheinen werden.

General-Versammlung des Bankvereins

Wie aus der gestrigen Anzeige hervorging, findet am morgigen Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8,30 Uhr, im Lokale „Zur alten Post" (Wwe. Hugo Urbahn) eine General-Versammlung des Burscheider Bankvereins statt. Auf der Tagesordnung stehen die Punkte: 1. Halbjahresbilanz, 2. Verschiedenes.

Mütterberatungsstunde

Am heutigen Nachmittag von 3—4 Uhr findet im evangl. Gemeindehaus an der Bismarckstraße eine Mütterberatungsstunde statt.

Die Sprechstunden der Kreisfürsorgerin finden bis auf weiteres nach der Mütterberatungsstunde, also vierzehntägig, Dienstags von 5 bis 6 Uhr im Rathause statt.

Wallfahrt nach Kevelaer

Der Solinger Schnellverkehr mit seinen eleganten Reiseautobussen veranstaltet am kommenden Donnerstag, den 13. Oktober, eine Fahrt zu dem Wallfahrtsort Kevelaer. Die Abfahrt erfolgt morgens 5,30 Uhr von der katholischen Kirche hierselbst. Der Preis der Fahrt beträgt 3,50 RM für die Person.

Näheres im heutigen Anzeigenteil. Anmeldungen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen.

Leny Riefenstahl spricht im Rundfunk über ihre Erlebnisse bei der Grönland-Expedition

Wie wir soeben erfahren, spricht heute, Dienstagabend, im Westdeutschen Rundfunk im Anschluß an den Nachrichtendienst gegen 22,15 Uhr, die bekannte Filmschauspielerin und Sportdarstellerin Leny Riefenstahl über ihre Erlebnisse bei der jüngst beendeten Grönland-Expedition.

Beleuchtet die Hauseingänge

Wer ein Haus besitzt, das bewohnt oder sonst dem Verkehr übergeben ist, muß nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Rechts und der Rechtsprechung dafür sorgen, daß Hausflure und Treppenaufgänge während der Dunkelheit solange beleuchtet sind, so weit ein regelmäßiger Verkehr in dem Hause stattfindet. Unterläßt er die Beleuchtung, so haftet er für alle etwa entstehenden Unfälle. Wohnt der Eigentümer nicht selbst im Hause, so hat er einen Stellvertreter damit zu beauftragen. Die Dunkelheit bricht nun schon beizeiten wieder herein, also sehe man sich vor!

Deutscher Katholischer Gesellentag 1933 in München

Für das Jahr 1933 war wieder eine europäische Zusammenkunft der Katholischen Gesellenvereine vorgesehen. Das Zentralkomitee der Katholischen Gesellenvereine beschloß am Sonntag in seiner Sitzung in Köln, von diesem europäischen Treffen angesichts der politischen Weltlage vorläufig abzusehen und dafür in der ersten Woche nach Pfingsten nächsten Jahres in München einen Deutschen Gesellentag abzuhalten. Das ist zugleich die erste das ganze Reich umfassende Zusammenkunft der Kolping-Vereine.

Die Reichsbahndirektion Wuppertal im September 1932

Der Güterverkehr hat sich im Monat September gegenüber den Vormonaten verstärkt. Veranlaßt hauptsächlich durch den beginnenden Herbstverkehr-Versand an Obst, Feld- und Gartenfrüchten — hat sich besonders der Stückgutverkehr gehoben. Die Zahl der behandelten Stückguttonnen war auf einen Arbeitstag berechnet um 10,7 Prozent höher als im August. Auch der Wagenladungsverkehr zeigt durch den erhöhten Versand an Kartoffeln, Getreide, Futter- und Düngemitteln und Brennstoffen eine Steigerung, die bei der Zahl der arbeitstäglich gestellten Wagen gegen den Vormonat 4,6 Prozent betrug. Die Zahl der abgefertigten Frachtbriefe stieg gegenüber dem Vormonat um 11,8 Prozent. Gegenüber September 1931 wurden 9,2 Prozent weniger Frachtbriefe abgefertigt und 15,1 Prozent weniger Wagen arbeitstäglich gestellt. Gegenüber September 1929 betragen die gleichen Zahlen 34,5 Prozent bezw. 46,0 Prozent. Wenn die Verkehrszunahme auch fast ganz jahreszeitliche Gründe hat, so kann doch an einzelnen Stellen schon von einer geringen konjunkturmäßigen Besserung gesprochen werden.

Der Personenverkehr hat im September gegenüber dem lebhaften Ferien- und Urlaubsverkehr im Monat August wieder nachgelassen. Es wurden 10,1 Prozent weniger Fahrkarten ausgegeben. Der Ausflugsverkehr litt in der zweiten Hälfte des Monats unter ungünstigen Witterungsverhältnissen. Gegen September 1932 wurden 20 Prozent weniger Fahrkarten ausgegeben. Bei den großen Sonderveranstaltungen — Katholikentag in Essen, Stahlhelmtag in Berlin — konnte das immer mehr zunehmende Eindringen des Kraftwagens in die Verkehrsbedienung festgestellt werden. Die Verwaltungssonderzüge am 1. 9. nach Königswinter und am 4. 9. nach Rüdesheim waren schwach besetzt.

Der Gepäck- und Expreßgutverkehr nahm gegenüber dem Vomonat um 4,3 Prozent zu, gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 8 Prozent ab. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat entfällt auf den Expreßgutverkehr, der namentlich durch den Obstversand belebt wurde.

Verlängerte Geltungsdauer der preußischen Pachtschutzordnung

Durch eine soeben in der preußischen Gesetzgebung erschienene Verordnung vom 23. August 1932 ist die Geltungsdauer der preußischen Pachtschutzordnung bis zum 30. September 1934 verlängert worden. Zugleich ist die Einrichtung des Reichsentscheids insoweit ausgedehnt, als auch die Parteien die Einholung eines Rechtsentscheids beantragen können.

58 Prozent beim Wohlfahrtsamt

Stand der Arbeitslosigkeit im Rhein-Wupper-Kreis

	Arbeitsl.-unterstütz.-empfänger (Alu)	Krisenunterstützungs-empfänger (Kru)	Wohlfahrts-unterstütz.-empfänger (Wohlu)	Arbeitsuchende insgesamt
31. August 1932	2474	2976	5718	11168
30. Sept. 1932	2178	2931	5918	11127
	−296	−45	+300	−41

Die Abnahme der vom Arbeitsamt anerkannten Erwerbslosen, wie sie im Vormonat festzustellen war, hat sich im Monat September nicht fortgesetzt. Die Abnahme der Alu und Kru entfällt fast ausschließlich auf die Gemeinde Wermelskirchen. Sie ist nach Angabe des Arbeitsamtes im wesentlichen lediglich auf eine Bereinigung der dortigen Kartothek zurückzuführen.

Der starke Rückgang der Wohlfahrtserwerbslosenzahl im Monat August war nach unserem damaligen Bericht lediglich der Aenderung der Statistik nach der Verordnung vom 2. August ds. Js. zuzuschreiben, derzufolge das Arbeitsamt arbeitslos gewordene selbständige Gewerbetreibende, Arbeitslose über 60 Jahre und Erwerbslose, die weniger als ein Drittel des Richtsatzes an Unterstützung beziehen, nicht mehr als Wohlfahrtserwerbslose anerkennt.

Trotzdem sich auch im Monat September diese die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen beschränkenden statistischen Bestimmungen noch auswirken, haben die Wohlfahrtserwerbslosen wiederum um nicht weniger als 300 Parteien zugenommen. Die Zahl der vom Wohlfahrtsamt unterstützten Parteien beträgt damit im Rhein-Wupper-Kreis 55 Prozent aller anerkannten Erwerbslosen. Zu diesem Prozentsatz sind die vom Arbeitsamt nicht anerkannten, jedoch meist arbeitsfähigen und arbeitswilligen Erwerbslosen hinzuzuzählen, die heute in der allgemeinen Fürsorge von den Wohlfahrtsämtern unterstützt werden. Die Zahl dieser nicht anerkannten Erwerbslosen beträgt im August 597 und im September 771 Parteien. Es werden also heute insgesamt 1368 erwerbslose Parteien in der allgemeinen Fürsorge der Wohlfahrtsämter unterstützt. Rechnet man diese nicht anerkannten Erwerbslosen zu der Zahl der anerkannten hinzu, so erhöht sich die von den Wohlfahrtsämtern unterstützte Erwerbslosenzahl auf 7386 Parteien oder 58 Prozent aller unterstützten Erwerbslosen, während von den Arbeitsämtern nur noch die verbleibenden 42 Prozent unterstützt werden. Die Belastung der Gemeindefinanzen mit der Unterstützung der Erwerbslosen hat also in den letzten beiden Monaten wiederum ganz erheblich zugenommen.

Der Deutsche Kavalleristentag kommt nach Düsseldorf

Nach längeren Verhandlungen ist es gelungen, den großen Deutschen Kavalleristentag für 1933 nach Düsseldorf zu bekommen. Die Veranstaltung, die im Rahmen eines umfangreichen und sehr interessanten Programms durchgeführt wird, findet voraussichtlich am ersten oder zweiten Sonntag im Juli statt. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Tagung des Waffenrings der Deutschen Kavallerie, die in Hannover stattfand, wird mit einer Beteiligung von etwa 200—250 000 Besuchern gerechnet.

Das Ende der Bärenführer in Deutschland

Selten hat in der Beseitigung eines unwürdigen Zustandes größere Einigkeit geherrscht, wie gerade in der Frage des Herumführens von Bären. Dank der Aufklärungsarbeit der deutschen Presse sind wir nun glücklich so weit, daß mit Ablauf der noch gültigen Gewerbescheine für Bärenführer, also bei Beginn des Jahres 1933, der Bärenführer und sein unglückliches Opfer von der Straße in Deutschland verschwinden wird.

Uebersicht über den Krankenstand

Nach einer auf den Angaben von 166 Ortskrankenkassen beruhenden Uebersicht über den Krankenstand betrug die Mitgliederzahl dieser Kassen am 1. August d. J. zusammen 4 569 941 (4 680 610 am 1. Juli 1932). Davon waren 2 379 131 (2 449 409) männliche und 2 190 810 (2 231 201) weibliche Mitglieder. Der Prozentsatz der Arbeitsunfähigen zur Mitgliederzahl war durchschnittlich zusammen 2,70 (2,61), und zwar 2,44 (2,34) bei den männlichen und 2,98 (2,90) bei den weiblichen Mitgliedern.

Die Herbstzeitlose ist giftig!

Zur Herbstzeit schüttelt Mutter Natur noch einmal aus ihrem Füllhorn reiche Gaben in verschwenderischer Pracht. Wenn bereits alle Blumen verblüht sind und das große Blättersterben beginnt, prangen die heimatlichen Wiesengründe im schönsten Blütenflor, der wie ein zartes Gewebe die weite Grasfläche bedeckt: Herbstzeitlosen. So lieblich diese Blumen, die von der Natur

Ein Rhein-Radweg

Die „Briefe" des Landesplanungsverbandes Düsseldorf veröffentlichen den Bericht der Geschäftsstelle des Landesplanungsverbandes Düsseldorf und Köln über die vorbereitenden Arbeiten zur Herstellung von Radfahrwegen in den Provinzen Rheinland und Westfalen. In dem Bericht ist das Programm eines Rhein-Radweges wie folgt angegeben:

Der zunehmende Radfahrverkehr zwingt bei der Planung mehr als bisher auf das Rad Rücksicht zu nehmen. Es entspricht den Forderungen der Unfallstatistik, daß Provinzialverwaltung und Städte dazu übergehen, ihre Hauptverkehrsstraßen mit besonderen Radfahrstreifen zu versehen. Die vielseitige Benutzung des Rades zu Erholungsfahrten zum Rhein, am Rhein und vom Rhein aus in die schöne Landschaft zu beiden Seiten des Stromes rechtfertigt es, einen Rheinradfahrweg in Vorschlag zu bringen.

Besprechungen im Rahmen des vorbereitenden Ausschusses zur Ausgestaltung von Radfahrwegen in den Provinzen Rheinland und Westfalen führten zu dem Plan, je einen Radfahrweg rechts und links des Rheins zu propagieren, zunächst von Düsseldorf zum Siebengebirge mit der Möglichkeit, weiterer Fortsetzung. Linksrheinisch geht der Radfahrweg-Vorschlag von Neuß durch die Knechtsstedener Waldlandschaft zum Kölner Ring über Brühl und den Rand des Vorgebirges nach Bonn. Hier am Rheinufer vorbei bis zur Fähre in Mehlem mit Blick auf die romantische Rheinlandschaft des Siebengebirges. Rechtsrheinisch tangiert der Vorschlag Düsseldorf im Osten.

Er führt durch die kleinen Rheinorte bis Leverkusen, über Dümwald zum Mauspfad und bei Troisdorf zur Pontonbrücke über die Sieg nach Beuel.

In Düsseldorf ist durch eine Schleife unter Benutzung der Oberkasseler Brücke und der Fähre bei Mönchenwerth Verbindung zwischen den beiden Radwegen hergestellt. Auch an die Querverbindungen Saarn-Krefeld ist gedacht. Anschlüsse an das Neuß-Düsseldorfer Gebiet sind vorgeschlagen: Zur Erft über Grevenbroich nach Gladbach-Rheydt und Holland, über Krefeld zu den schönen Punkten der Kreise Kempen, Krefeld und Mörs mit Verbindung nach Cleve, durch die Ratinger Waldgebiete nach Norden in den Kreis Rees, nach Westfalen und zur Ruhr, links des Düsselgebietes durch den Landkreis Düsseldorf-Mettmann zur Wupper und zum Höhenweg nördlich Wuppertals.

Gleichzeitig ist hier eine Verbindung längs der Wupper in Richtung Burg gedacht mit günstigen Anschlüssen ins Bergische Land, nach Solingen, Remscheid und dem Wupperkreis; aus dem Kölner Gebiet vielseitige Anschlüsse nach den verschiedensten Richtungen: Ueber Leichlingen zur Wupperlinie, zudem durch den Altenberger Dom bekannten Dhünn- und Eifgenbachtal, über Bergisch Gladbach zum Sülzbachtal, über Bensberg oder durch den Königsforst zur Agger, längs der Trier- und Luxemburger Straße zur Eifel, zum Düren-Aachener Gebiet, in Richtung Bergheim-Jülich mit Anschlüssen zur Erft; aus dem Bonner Gebiet Anschlüsse über Siegburg zur Agger zur Bahnbachstraße, zum Sieg- und Fröltal, Verbindung zum Siebengebirge, nach Koblenz, zur Ahr und Eifel.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Opladen vom 10. Oktober

Julinieren 3,20—3,50; Spätkartoffeln 2,10; Sommerspinat 3—5,90; Feldsalat 11—15; Wirsing (grün) 1—2,40; Rotkohl 1—1,80; Butterkohl 0,60—1,40; Weißkohl 1—1,30; Rosenkohl 17,40; Grünkohl 1,10—1,70; Strauchbohnen 10—14,70; Stangenbohnen 18,60—19,40; Wollbohnen 11,90—17,70; Zwiebel 5,80—5,90; rote Möhren 2,10—3,70; rote Beete 1,50—2,30; Rhabarber 3,20; Tomaten 7,30—10,10; Birnen I. 8—17,70; Birnen II. 3,10—5,60; Aepfel I. 13,20 je 100 Pfund; Sellerie I. 7,30—14; Sellerie II. 2,80—3,90; Porree I. 1,50—1,90; Blumenkohl 8,30—11,30; Kopfsalat I. 3,20—8,50; Kopfsalat II. 0,50—2,90; Endivien I. 2—4,30; Endivien II. 0,90—1,70; Treibhausgurken 15,20—20,30; Kohlrabie blau 1,20—2,70 pro 100 Stück.

Anfuhr: gut. Nachfrage: gut.

Nächste Versteigerung Donnerstag, 13,30 Uhr.

---

mit besonderer Freigiebigkeit gespendet werden, auch dem Auge erscheinen mögen, die schöne Spende des Herbstes ist giftig. Alle Bestandteile der Blüte, wie Stengel, Blätter und Samenkapsel enthalten ein Gift. Wenn dasselbe auch nicht in überaus großen Mengen vorhanden ist, so können doch immerhin Tiere, wenn die Pflanze in starker Beimischung unter das Heu kommt, daran zugrunde gehen. Auch ist dringend davon abzuraten, die Blumen in den Mund zu nehmen, wie dies von Kindern beim Blumenpflücken oft getan wird. Die Herbstzeitlose ist eine Giftpflanze. Daher Vorsicht!

Der freiwillige Arbeitsdienst im Rheinland Ende September 1932

Der Umfang der im September vom Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst im Landesarbeitsamtsbezirk Rheinland, Präsident Schneuble, genehmigten Maßnahmen übersteigt alle bisher im Laufe eines Monats erfolgten Genehmigungen. Die Förderungsgenehmigung wurde im September erteilt für 291 Maßnahmen mit etwa 1,8 Mill. Tagewerke, an denen sich 12 500 Arbeitsdienstwillige beteiligen können. Ende September waren im Rheinland etwa 32 000 arbeitsdienstwillige Jugendliche beschäftigt gegenüber 16 000 Ende Juli und etwa 8000 Ende April dieses Jahres. Rechnet man mit der augenblicklichen Beschäftigungszahl auch für die nächsten Monate, so reicht die vorhandene Arbeitsreserve bereits bis April des nächsten Jahres. Neben ständig steigender äußerer Entwicklung des Arbeitsdienstes legt der Bezirkskommissar jedoch besonderen Wert auf den inneren Ausbau und die Vertiefung der Arbeit im Sinne der weiter gesteckten Ziele des freiwilligen Arbeitsdienstes. Auch hinsichtlich der unbedingten Zusätzlichkeit der durchgeführten Maßnahmen werden vom Bezirkskommissar, wie dieser am 22. September auf der Tagung der rheinischen Tiefbauunternehmer in Köln nachdrücklich betonte, ständig die strengsten Maßstäbe angewandt, um eine Schädigung des notleidenden Baugewerbes zu verhindern.

Die Entwicklung der nächsten Monate wird eine stärkere Ausbreitung der geschlossenen Dienstlager bringen. Der dichtbevölkerte Westen, in dem der Arbeitsort des Dienstwilligen meist gleichzeitig Wohnort ist, kannte bisher überwiegend die offenen Dienstlager, in denen also die Dienstwilligen keine Unterkunft finden. Auch bei den älteren Arbeiten, soweit sie noch länger laufen werden, beginnt sich die Umstellung auf geschlossene Lager zu vollziehen.

Bemerkenswert ist die zunehmende Regsamkeit der weiblichen Dienstwilligen und der sie betreuenden Organisationen. Von den oben angeführten im September genehmigten 291 Maßnahmen entfallen allein 59 Maßnahmen mit 2600 Arbeitsdienstwilligen auf den weiblichen Arbeitsdienst. Für die Wintermonate werden umfangreiche Vorkehrungen für Not- und Winterhilfen getroffen, um besonders die weiblichen Jugendlichen in den Dienst der sozialen Arbeit zu stellen. Insbesondere bemühen sich die Großstädte, größere Dienstlager zu schaffen, in denen die Betreuung Hilfsbedürftiger durch Brockensammlung, Ausbesserung alter Kleidungsstücke, Anfertigen von Wäsche, Volksspeisungen, Helferdienste und Kinderbetreuung usw. vorbereitet wird. Ein Teil der Mädchen ist in Heimen untergebracht, in denen Gelegenheit zur praktischen Betätigung in land- und gartenwirtschaftlicher Arbeit gegeben ist.

Vorrückende Feinde

In der letzten Zeit hat man viel vom Kartoffelkäfer, diesem immer weiter nach Deutschland vordringenden Schädling gehört; aber auch im bedrohlichen Vorrücken der San-Jose-Schildlaus ist ein gefährlicher Feind im Anzug, und unsere Obstgartenbesitzer sollten auf der Hut sein. Zugleich gibt die immer größere Verbreitung des Ulmensterbens zu denken. Es handelt sich hierbei um zwei Schädiger, den Ulmensplintkäfer und den Ulmenpilz. Die von diesen Schmarotzern befallenen Teile der Ulmen sind sehr vorsichtig zu entfernen und sofort an Ort und Stelle zu verbrennen.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

75 Jahre Stadt Opladen

Opladen, 11. Okt. Am 27. Dezember 1933 jährt sich zum 75. Male der Tag, an dem Opladen zur Stadt erhoben wurde. Gewiß gebietet die Notzeit von rauschenden Festen Abstand zu nehmen. Andererseits ist es gerechtfertigt, daß das als Stadt noch verhältnismäßig junge Opladen mit seinem neuen Stadtteil und früherem bedeutsamen Kirchspiel Lützenkirchen diese Gelegenheit zum Anlaß nimmt, den Volks- und Heimatsgedanken zu vertiefen und in weiteste Kreise hineinzutragen. Aus diesem Grunde wird wohl angenommen werden dürfen, daß die Vereine bemüht sein werden, wichtige Tagungen ihrer Organisationen im Jahre 1933 nach Opladen zu ziehen. Der Bergische Verkehrsverband hat bereits zugesagt, seine nächstjährige Tagung in Opladen zu halten. Als Auftakt der gesamten Feier- und Festlichkeiten ist von der Stadt Ende April ein Heimatabend geplant. Außerdem sind vorgesehen: ein Blumenschmuckwettbewerb, Schulfeiern, ein Photowettbewerb und anderes. Zum Abschluß soll ein großer Flugtag veranstaltet werden, der sich an eine Werbewoche Ende September anschließen soll, an dem dann gleichzeitig auch eine große Obst-, Gemüse und Blumenausstellung stattfinden soll.

Von 57 Bewarbern konnten nur 12 berücksichtigt werden

Opladen, 11. Okt. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich die Inanspruchnahme des vom Reich in Aussicht gestellten Darlehn für die vorstädtische Kleinsiedlung in Höhe von 35 000 RM beschlossen hat, können in Opladen 14 Siedlerstellen errichtet werden. In der beim Wohlfahrtsamt aufgelegten Bewerberliste haben sich 57 Siedlungswillige eingetragen. Von den 14 Kleinsiedlungen entfallen zwei auf Bewerber aus Opladen-Lützenkirchen, die auf Eigengrundstücken siedeln wollen. Aus der Reihe der 57 Bewerber können deshalb nur 12 berücksichtigt werden.

Schwerer Motorradunfall

Opladen, 11. Okt. Ein schwerer Motorradunfall ereignete sich Sonntagabend auf der oberen Kölner Straße, in der Nähe der Augustastraße. Ein Motorradfahrer wollte einen Personenwagen überholen, als dieser im gleichen Augenblick auch nach links ausbog. Bei dem Zusammenprall wurde die auf dem Soziussitz mitfahrende Dame durch einen Schlüsselbeinbruch schwer verletzt. Der Motorradfahrer erlitt leichtere Verletzungen an der Hand.

Auto beraubt

Opladen, 11. Okt. Gestern Abend hielt in der Humboldtstraße vor dem Hause Nr. 37 ein Auto. (Hanomag). Hinten aufgeschnallt befand sich ein dunkelbrauner Koffer, der von Dieben abgeschnitten und mitgenommen wurde. Der Koffer enthielt zwei Damenkleider und ein Herrenanzug, einen Herrenmantel und zahlreiche andere Bekleidungsstücke, die durchweg neu sind. Außerdem befanden sich in dem Koffer noch verschiedene Wertsachen. Der Diebstahl muß in der Zeit von 21,30 bis 22 Uhr vor sich gegangen sein. Der Koffer hatte eine Größe von 88 mal 50 mal 20.

Ein weiterer Schritt vorwärts

Opladen, 11. Okt. Der Bau der Autoumgehungsstraße Opladen ist ein weiteres, bedeutsames Stück voran gekommen. In Gegenwart mehrerer leitender Herren der Provinzialstraßenbauverwaltung wurde mit der sog. Ausrüstung der neuen Wupperbrücke begonnen. Die Stützen werden entfernt und die Brücke muß sich nunmehr selbst tragen. Damit sind die Arbeiten in ein neues Stadium getreten.

Freiwilliger Arbeitsdienst

Berg. Neukirchen, 11. Okt. Um feststellen zu können, ob sich auch in Berg. Neukirchen Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst ausführen lassen, nimmt die Verwaltung bis 14. Oktober Meldungen der Arbeitslosen entgegen. In Frage kommen Personen bis 25 Jahre, die ernsten Willens sind, freiwilligen Dienst zu leisten.

Die Radfahrer bessern sich

Leverkusen, 11. Okt. Nachdem in den letzten vier Wochen 164 Radfahrer zur Anzeige gelangt waren, weil sie nach Eintritt der Dunkelheit ohne Licht gefahren sind, ist die Zahl der Verkehrssünder in den letzten Tagen erheblich zurückgegangen. Trotzdem versuchen es immer noch einige Radfahrer, diese Bestimmungen außer acht zu lassen. Die Polizeibeamten sind angewiesen worden, weiterhin energisch gegen diese Radfahrer vorzugehen.

Eine Standuhr „gewonnen"

Leverkusen, 11. Okt. Vor einiger Zeit erhielt eine hiesige Einwohnerin die Mitteilung, daß sie auf ein Preisausschreiben der „Werbezentrale für neuzeitliche Raumkunst", Berlin, Enckestraße 11, eine Standuhr gewonnen habe. Die „glückliche" Gewinnerin wurde gebeten, innerhalb 8 Tagen den Betrag von 9,80 Mark für entstehende Kosten, Verpackung pp. einzusenden. Der geforderte Betrag wurde eingesandt, aber .... Die Uhr blieb aus. Jetzt wird bekannt, daß es sich bei der Werbezentrale um ein auf Betrug aufgebautes Unternehmen handelt. Der Gründer ist unter Zurücklassung größerer Mietsschulden und eines Exemplares geflüchtet und wird von der Polizei gesucht. Bei dem zurückgelassenen Exemplar handelt es sich, um eine minderwertige Uhr, die täglich zweimal aufgedreht werden mußte und vor dem Gebrauch zu schütteln war, ehe sie in Gang kommen wollte.

Vieh abgeschlachtet

Monheim, 11. Okt. Nachdem vor wenigen Tagen in Blee aus einer Schafherde in der Nacht ein Schaf gestohlen worden war, man vor einiger Zeit auf einer Viehweide ein junges Rind geschlachtet und entwendet hatte, wurde in der Nacht zum Samstag abermals in Blee auf einer Viehweide ein wertvolles Rind abgeschlachtet, das hochtragend und 14 Tage vor dem Kalben stand. Das Milchvieh gehörte kleinen Leuten, die von diesem Verlust hart betroffen werden. Polizei und Landjägerei haben die Ermittelungen sofort aufgenommen, deren vorläufiges Ziel die andere Rheinseite zu sein scheint.

Autobus mit Kindern verunglückt

Langenfeld, 11. Okt. Ein Autounfall ereignete sich am Montagvormittag gegen 10 Uhr in der Opladener Straße unterhalb der Wirtschaft Stoffels. Von Bochum waren mit Autobus Schulkinder unterwegs, die in Köln vor dem Mikrophon des Westd. Rundfunks singen sollten. Während der Fahrt erlitt das Fahrzeug am vorderen Rade eine Panne und fuhr dadurch gegen einen Straßenbaum. Dieser wurde umgerissen und das Fahrzeug stark beschädigt. Ein Kind erlitt schwere Verletzungen an einem Bein und mußte in das Krankenhaus gebracht werden. Fünf weitere Kinder wurden durch Glassplitter verletzt, wobei es sich glücklicherweise um unerhebliche Schnittwunden handelt.

Unfall

Wermelskirchen, 11. Okt. Ein hiesiger Radfahrer kam mit seinem Rade in der bekannten Kurve vor Doktorsdhünn zu Fall, wahrscheinlich infolge Ausrutschens auf dem losen Splitt der erst kürzlich neu geteerten Straße. Er zog sich dabei eine Schulterverletzung und Hautabschürfungen zu. Durch den hiesigen Rote-Kreuz-Wagen wurde er in seine Wohnung geschafft.

Betr. Viehdiebstahl

Dhünn, 11. Okt. In Verbindung mit dem nächtlichen Viehdiebstahl in Stahlsmühle, wurden von der hiesigen Polizei in Wermelskirchen drei Arbeiter von dort festgenommen und dem Amtsgericht daselbst zugeführt.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Freiwilliger Arbeitsdienst in Groß-Solingen

Der Freiwillige Arbeitsdienst hat in Groß-Solingen in steigendem Maße Fuß gefaßt. Augenblicklich laufen 17 Maßnahmen, wovon eine inzwischen erledigt wurde. Bei den Maßnahmen sind insgesamt 305 Jugendliche beschäftigt. 13 Maßnahmen liegen noch beim Landesarbeitsamt Rheinland in Köln, von denen einige in den nächsten Tagen eingehen werden. Erwähnenswert ist, daß die städtische Forstverwaltung einen Antrag auf Rodungsarbeiten eingereicht hat. Bei diesem Projekt, das ungefähr 20 000 Tagewerke umfaßt, sollen allein 150 Personen beschäftigt werden.

Die höchste Arbeitslosenziffer im Rheinland

Solingens trauriger „Rekord"

Aus Anlaß der Berechnungen aus dem Ruhrgebiet, wonach die Städte des Ruhrgebietes am stärksten durch die Arbeitslosigkeit belastet seien, veröffentlicht ein „Solinger Blatt" eine Berechnung, aus der hervorgeht, daß Solingen im Rheinland die höchste Arbeitslosenziffer hat mit 148 auf 1000 gegen Oberhausen, das mit 113 auf 1000 an erster Stelle unter den Ruhrbezirksstädten steht. In Solingen werden 37 Prozent der Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln unterstützt gegenüber 33 Prozent in Dortmund und Oberhausen. In Solingen betrug der Fürsorgeaufwand pro Kopf 17,88 Mark, in Dortmund und Aachen „nur" 16 Mark, in Oberhausen 10,62 Mark. Seit 1918 sind in Solingen die Fürsorgelasten um 411 Prozent gestiegen, das Steueraufkommen um 21 Prozent gefallen.

Wuppertal

An spinaler Kinderlähmung gestorben

Im Stadtteil Cronenberg war vor einigen Tagen ein schulpflichtiges Mädchen an spinaler Kinderlähmung erkrankt. Das Kind ist jetzt im Städtischen Krankenhaus Elberfeld gestorben.

Internationaler Schulkongreß in Wuppertal

Im Mittelpunkt des Internationalen evangelischen Schulkongresses in Wuppertal, über dessen Eröffnung wir bereits berichteten, stand am Samstagabend eine große öffentliche Kundgebung in der Elberfelder Stadthalle, die der christlichen Erziehung in der Familie gewidmet war. Außerordentlich stark besucht war am Sonntagabend die Versammlung in der Barmer Stadthalle, wo Fragen der christlichen Erziehung in der Schule behandelt wurden. Rektor Schmitt (Siegburg) sprach über die wichtigsten Mittel dieser Schulerziehung. Seine Forderungen gingen dahin, daß die Schulerzieher ein klares Ziel und eine gründliche Kenntnis der menschlichen Seele besitzen müßten. Die Hauptmittel der christlichen Schulerziehung seien das Wort Gottes und das Gebet. Einen breiten Raum seiner Ausführungen nahm die Frage der Notwendigkeit der christlichen Lehrerpersönlichkeit in Anspruch. In beiden Kundgebungen waren zahlreiche Abgeordnete des Auslandes, sogar aus Indien, vertreten. Welche starke Anteilnahme der Kongreß findet, geht daraus hervor, daß der Festgottesdienst am Sonntagmorgen wegen Ueberfüllung die Abhaltung eines Paralell-Gottesdienstes erforderlich machte. Sonntagnachmittag fand eine Vertreterversammlung des Reichsverbandes deutscher evangelischer Schulgemeinden statt, in der über Wesen und Werk und die bisherige Arbeit der evangelischen Schulgemeinden berichtet wurde.

Düsseldorf

Düsseldorf. Schmugglerkönig Szymanski vor dem Einzelrichter. Vor dem Einzelrichter erschien der berüchtigte sogenannte „Schmugglerkönig des Westens", Szymanski, unter sorgsamster Bewachung von sechs Schupobeamten, die ihn aus dem Untersuchungsgefängnis vorführten, wo er seiner Verurteilung wegen Waffenschmuggels entgegensieht. Diesmal stand er unter der Anklage der Körperverletzung an einem achtjährigen Jungen. Er wurde für schuldig befunden und auf Antrag des Staatsanwalts zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte vor einer Düsseldorfer Gastwirtschaft einen Jungen mit der Beaufsichtigung seines Autos beauftragt, für die der Junge 1 Mark erhielt. Nachdem Szymanski mit seinem Begleiter eine Zeitlang gezecht hatte, glaubte er feststellen zu können, daß ihm von dem geschmuggelten Kaffee etwas gestohlen worden sei und vermutete in dem Jungen den Dieb, den er und sein Komplize derart verprügelten, daß ihm das Blut aus Mund und Nase herausströmte. Der Begleiter wurde damals zu einer erheblichen Geldstrafe verurteilt, während Szymanski, der vor Gericht ein sehr unhöfliches Benehmen an den Tag legte, erst jetzt zur Rechenschaft gezogen werden konnte.

Schuß auf die Braut

Zur Auffindung des schwer verletzten Mädchens im Grafenberger Wald

Wie wir aus Düsseldorf meldeten, ist am Freitag spätabends in den Grafenberger Waldungen eine Frau aufgefunden worden, die durch einen Brustschuß erheblich verletzt war, so daß ihre Ueberführung in ein Krankenhaus notwendig war. Der Schuß ist, wie jetzt mitgeteilt wird, aus einer kleinkalibrigen Waffe aus nächster Nähe abgefeuert worden. Die Mordkommission stellte fest, daß es sich bei der Verletzten um ein 20 Jahre altes Mädchen namens Helene Sorges aus Duisburg-Ruhrort handelt, das vorher mit einem 20jährigen Anstreicher Franz Rütten, der gleichfalls aus Duisburg stammt, zusammengewesen ist. Letzterer hat sich inzwischen bei der Duisburger Polizei gestellt. Die restlose Aufklärung des Vorfalles müssen die weiteren Ermittlungen und die Vernehmungen erbringen. Die Verletzungen der Sorges sind schwer.

Wie weiter aus Duisburg mitgeteilt wird, gibt Rütten zu, im Verlauf eines Streites auf seine Braut einen Schuß abgegeben zu haben. Er wurde der Düsseldorfer Polizei zugeführt. Der Zustand der Verletzten soll lebensgefährlich sein.

Köln

Köln. Gepanzerter Schmugglerkraftwagen beschlagnahmt. Die Kölner Zollfahndungsstelle holte abends im Verein mit Polizeikräften zu einem großen Schlage gegen das Schmugglerunwesen aus. Es war bekannt geworden, daß in der Altstadt, in der Thiebolds- und Kämmergasse, am Griechenmarkt usw., ein schwunghafter Handel mit Zigaretten betrieben wurde. Die Polizeistreitkräfte riegelten das ganze Viertel ab. Zehn Personen die sich meist im Besitze von geschmuggelten Rauchwaren befanden, wurden festgenommen. Bei den Haussuchungen wurde in einem Torbogen ein Kraftwagen beschlagnahmt, der eine ausgezeichnete Panzerung aufwies und zu Schmuggelfahrten benutzt worden war. Der Führer des Autos ist noch nicht ermittelt. Insgesamt wurden 500 unversteuerte Zigaretten beschlagnahmt

Flugzeugabsturz über dem Kölner Flughafen

Ein Toter, ein Schwerverletzter

Nachmittags gegen 16 Uhr ereignete sich über dem Kölner Flughafen ein schweres Absturzunglück. Ein Sportflugzeug des Kölner Clubs für Luftfahrt, in dem sich der Pilot Vorländer und als Begleiter der Kölner Redakteur Feinhals befanden, rutschte aus 30 Meter Höhe in einer Kurve ab, schlug mit dem Kopf auf den Boden und ging vollständig in Trümmer. Der Pilot war auf der Stelle tot, während Feinhals, der selbst praktischer Flieger ist und umgeschult werden sollte, schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht wurde

Westdeutsches

Brühl b. Köln. Eingemeindung. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind durch Beschluß des Preußischen Staatsministeriums vom 30. 9. 1932 die Landgemeinden Vochem, Kierberg, Badorf und Schwadorf des Amtes Brühl-Land im Landkreise Köln mit Wirkung vom 1. 10. 1932 in die Stadtgemeinde Brühl Reg.-Bez. Köln eingegliedert worden.

Hagen. Von einem Auto erdrückt. Auf der Alexanderstraße kletterte der achtjährige Sohn Herbert der Eheleute Lüdecker von hinten auf einen Lieferwagen. Der Wagenführer, der den Jungen nicht bemerkt hatte, setzte plötzlich den Wagen zurück. Der Junge fiel hierbei vom Wagen und kam mit dem Kopf unter ein Rad zu liegen. Er erlitt einen Schädelbruch und starb bald darauf im Krankenhaus

Serrig (Saar). Aus dem Fenster gestürzt — dann erfroren! Hier stürzte in der Nacht ein 40jähriger Müller während eines Unwohlseins aus dem Fenster. Obwohl die durch den Sturz erlittenen Verletzungen nicht schwerer Natur waren, fand man ihn doch am anderen Morgen tot auf. Er war erfroren.

Letzte Funkmeldungen

Der 8. Kongreß der Christlich-Demokratischen Partei, der am 7. und 8. Oktober in Köln stattfand, nahm eine Entschließung zur Behebung der Weltwirtschaftskrise einstimmig an.

Reichskanzler v. Papen ist heute Vormittag mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug um 8,30 Uhr in München eingetroffen. Zur Begrüßung hatte sich Ministerpräsident Dr. Held und zahlreiche andere Persönlichkeiten eingefunden. Bei der Abfahrt der Kraftwagen vom Bahnhof brachten einige Nationalsozialisten „Heil-Hitler"-Rufe aus.

Vom 15. September bis 8. Oktober sind in Bayern insgesamt 4774 Arbeiter und 45 Angestellte neu eingestellt worden.

Dr. Hugenberg beschäftigt sich in der ihm nahestehenden Presse unter der Ueberschrift „Am Jahrestag von Harzburg" mit der politischen Entwicklung des letzten Jahres.

Minister Severing bezeichnete in einer Erklärung die Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner in Leipzig, er (Severing) habe dem Reichsinnenminister von Gayl die Einsetzung eines Reichskommissars empfohlen, als unrichtig.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" passierte nach einem eingelaufenen Telegramm um Mitternacht Gibraltar.

Unweit Bromberg verunglückte auf dem Wege von Danzig nach Posen ein polnisches Sportflugzeug, die beiden Insassen kamen ums Leben.

Die belgischen Gemeindewahlen zeigen im ganzen einen eindeutigen Sieg der Sozialistischen Partei. In den ehemaligen deutschen Gebieten Eupen und Malmedy gaben die Wähler nahezu ausschließlich den Parteien ihre Stimme, die sich eine neue Volksbefragung zum Ziele gesetzt haben.

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" macht nähere Ausführungen über den angekündigten französischen „Abrüstungsplan". Der Plan sieht wiederum für Deutschland lediglich die theoretische Gleichberechtigung vor. Ferner enthält er u. a. den Vorschlag, die Bombenflugzeuge dem Völkerbund zu übertragen.

Wie jetzt endgültig feststeht, wird Herriot am Mittwoch um 16 Uhr nach London abreisen. In der Pariser Presse wird besonders unterstrichen, daß zwischen Herriot und MacDonald keinerlei Beschlüsse gefaßt würden, sondern nur eine Annäherung der Auffassungen in der Gleichberechtigungsfrage versucht werden soll.

Zu dem Gerücht, daß MacDonald und Herriot auch der neue französische Abrüstungsplan und in Verbindung hiermit ein zehnjähriger „politischer Waffenstillstand" erörtert werden würde, erklärt der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraf", daß man von England unmöglich eine Garantie in der angedeuteten Richtung erwarten könne, wie Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei es offenbar wünschten.

Der Präsident der Security Bank in Chikago ist von Verbrechern entführt worden, die unter Todesdrohungen ein Lösegeld von 5000 Dollar verlangen.

Wie aus London gemeldet wird, soll in Abessinien eine neue Revolution ausgebrochen sein.

Gronau in Rangoon

In einem in Berlin eingetroffenen Funkspruch teilt Wolfgang v. Gronau mit, daß das Flugboot im Schlepp der „Caragola" heute früh in Rangoon eingetroffen ist. Die Besatzung sei wohlauf, die Maschine in bester Verfassung. Er hoffe, recht bald weiterfliegen zu können.

Aus diesem Funkspruch geht hervor, daß alle Nachrichten, die von einem Leckspringen des Flugbootes wissen wollten, jeder Begründung entbehren. Der Dornierwal hat vielmehr die Zwischenlandung auf offener See trotz des starken Wellenganges gut überstanden.

Das Wetter von heute und morgen

Weiterhin mild ohne erhebliche Niederschläge, schwache Luftbewegung.

Velbert. Eine beherzte Hausangestellte. Zwei Einbrecher, die in das in der Mittelstraße gelegene Pastorat eindringen wollten, stießen auf nicht erwarteten Widerstand in Gestalt einer Hausangestellten Die Burschen, die sehr raffiniert vorgegangen waren — einer von ihnen hatte unter einem Vorwand geschellt, so daß der Komplize durch ein Küchenfenster einsteigen konnte — mußten die Erfahrung machen, daß selbst eine Frau vor einer Pistole keine Angst hat. Denn als die Angestellte in die Küche zurückkam, stand sie plötzlich einem der Burschen gegenüber, der ihr wortlos eine Pistole entgegenhielt. Kurzentschlossen versuchte sie, ihm diese zu entreißen, wobei sie sich eine leichte Verletzung zuzog. Darauf ergriff der Pistolenheld mit seinem Komplizen die Flucht, ohne erkannt zu werden.

Wesel. Die ganze Einrichtung verbrannt. In der Nacht brach in einem Hause auf der Richelstraße Feuer aus, das sich auf ein Nachbargebäude und auf einen großen Wagen, der mit Material beladen war, schnell ausbreitete. Die Feuerwehren waren schnell zur Stelle und konnten ein Ueberspringen des Feuers auf zwei in der Nähe befindliche Holzlager verhindern. In einem Wohnhaus ist die gesamte Wohnungseinrichtung verbrannt, dagegen konnte in dem anderen Hause das Mobiliar zum größten Teil gerettet werden. Personen kamen bei dem Brande nicht zu Schaden. Die Entstehungsursache ist nicht bekannt.

Weil sie keine Getränke mehr bekamen ..

Der Wirt schoß in Notwehr auf die Angreifer

In der Nacht gegen 0.30 Uhr drangen vier männliche Personen, denen durch ihr ungebührliches Verhalten im Schalterraum der Wirtschaft Möhle in der Krablerstraße in Altenessen keine Getränke mehr verabfolgt wurden, mit Eisenstangen, Knüppeln und einem offenen Messer bewaffnet in die Wirtschaft ein und griffen den Wirt und dessen Bruder an. Letzterer ergriff eine unter der Theke liegende Pistole und feuerte in der Notwehr drei Schüsse auf die Angreifer ab. Der Bergmann Hermann Kirschnick wurde durch zwei Schulterschüsse verletzt und mußte dem Hussenstift zugeführt werden. Die übrigen Täter wurden festgenommen. Bei K. besteht keine Lebensgefahr.

Furchtbare Familientragödie in Bochum

Ein Vater erschießt sein Kind, verletzt die Frau lebensgefährlich und tötet sich selbst

Morgens gegen 9 Uhr entstand zwischen den Kaufmannseheleuten Heinrich P. in der Danziger Straße in Bochum ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der Ehemann seine Frau durch Hiebe mit Bierflaschen zu Boden schlug. Daraufhin zog er seine Pistole und rief sein 3½jähriges Söhnchen zu sich. Bevor anwesende Hausbewohner ihn hindern konnten, erschoß er das Kind und gab auch auf seine Frau einen Schuß ab. Er richtete sodann die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Kopfschuß. Die Frau wurde in schwer verletztem Zustande dem Bergmannsheil zugeführt, wo sie in hoffnungslosem Zustand darniederliegt. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch im Gange.

*

Zu der furchtbaren Bluttat erfahren wir weiter: Nach dem Ergebnis der ersten Untersuchungen dürfte wirtschaftliche Not als Motiv ausscheiden. Die Verhältnisse Pennigs galten als durchaus geordnet. Er erfreute sich in der Nachbarschaft guten Ansehens. Es heißt, daß er in den letzten Tagen verschiedentlich kleine Auseinandersetzungen mit seiner Frau gehabt habe, die ihm Vorhaltungen über spätes Nachhausekommen und dergleichen mehr gemacht haben soll. Als Pennig morgens früh in Hut und Mantel aus der in der ersten Etage gelegenen Wohnung in das Geschäft trat, entspann sich zwischen ihm und seiner Frau ein lebhafter Wortwechsel. Die Frau versuchte ihn zu veranlassen, nicht fortzugehen, wie er beabsichtigte. Es kam zu einer Schlägerei im Laden, die dann in einem angrenzenden Lagerraum fortgesetzt wurde. Als ein Freund des Ehepaares, der zufällig den Laden betreten hatte, sich gemeinsam mit der Verkäuferin in den Lagerraum begab, zog Pennig blitzschnell eine Pistole und jagte seinem vierjährigen Sohn, der auf den Lärm hin herbeigeeilt war, eine Kugel in die Stirn. Dann gab er auf seine Frau, die bereits durch Hiebe mit einer Bierflasche schwer verletzt am Boden lag, aus nächster Nähe einen Schuß ab, der sie in den Kopf traf, und tötete sich selbst durch einen Schläfenschuß. Der Polizei, die durch Pennigs Freund alarmiert wurde, bot sich ein grauenhafter Anblick. Pennig und sein Sohn lagen tot in ihrem Blute, während die Frau laut stöhnte und nach ihrem Kinde schrie. Sie wurde schleunigst dem Bergmannsheil zugeführt, doch besteht wenig Hoffnung, sie am Leben zu erhalten.

Bielefeld klagt gegen die Ruhrgas A.-G.

Um die Gasabgabe an die Anstalt Bethel

Der Streit zwischen dem Städt. Betriebsamt Bielefeld und der Ruhrgas A.-G. über die nach Bielefelder Ansicht widerrechtlichen Gasabgaben an die Konsumenten im Bielefelder Landkreis tritt jetzt in ein entscheidendes Stadium. Die Anstalt Bethel bezieht schon seit einiger Zeit einen großen Teil ihres Gases von der Ruhrgas A.-G. bezw. ihrer Schwestergesellschaft Westferngas A.-G. Das Städt. Betriebsamt hat sich jetzt entschlossen, beim Bielefelder Landkreisgericht Klage gegen die Ruhrgas A.-G. auf Unterlassung der Gasabgabe zu erheben, da die Genehmigung zur Durchlegung der Leitung durch Bielefelder Gebiet nur unter der Voraussetzung gegeben worden sei, daß im Gebiet des Stadt- und Landkreises kein Gas abgegeben werde. Auf den Ausgang dieses für das Städtische Betriebsamt Bielefeld und die städtischen Finanzen sehr bedeutsamen Prozesses ist man allgemein gespannt.

Die Erschießung des Landjägers Tiemann

Selbstmord eines Verdächtigen nach Feuergefecht mit der Polizei — Ein anderer Täter festgenommen, der dritte noch flüchtig

Am Samstag früh wurde, wie gemeldet, der Oberlandjäger Tiemann bei Isselhorst (Kreis Bielefeld) von drei Radfahrern, die er für Verbrecher hielt und anhalten wollte, durch mehrere Schüsse schwer verletzt. Tiemann ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Die sofort von der Kriminalpolizei aufgenommenen Ermittlungen führten schon am Samstag morgen auf die Spur eines der Verbrecher. Der Gütersloher Polizei wurde mitgeteilt, daß einer der Verdächtigen, der Arbeiter Paul Kniekamp, sich in einem Hause an der Berliner Straße aufhalte. Sofort wurde das Gebäude von einem größeren Aufgebot von Schutzpolizeibeamten umstellt. Beim Eindringen der Beamten wurden diese von dem Verbrecher mit einem Kugelregen empfangen, der von den Beamten erwidert wurde. Kniekamp, der bald seine Munition verschossen hatte, nahm sich mit der letzten Kugel das Leben und entzog sich so der irdischen Gerechtigkeit. Noch am gleichen Tag gelang es, einen zweiten Täter festzunehmen, und zwar den Arbeiter Petri aus Gütersloh, dessen Festnahme in seinem Unterschlupf in Avenwedde erfolgte. Der dritte, an dem Ueberfall auf den Landjäger Beteiligte, ist der Arbeiter Siegfried Upmeier aus Dortmund-Brambauer, der noch flüchtig ist. Die drei Verbrecher hatten erst vor kurzem in der Nähe von Harsewinkel ein Feuergefecht mit Landjägern, doch gelang es ihnen damals, noch früh genug die Flucht zu ergreifen. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 1000 RM ausgesetzt worden

Ein Kind auf der Jagd erschossen

Die verhängnisvolle Wildlederhose

In den Nachmittagsstunden des Sonntags glaubten zwei Jäger in der Rothenhagener Jagd bei Werther (b. Bielefeld) in einer Entfernung von etwa 150 Meter vor einer Höhle einen Fuchs zu sehen. Beide legten an und schossen. Die erste Kugel ging fehl; bei dem zweiten Schuß sah der Schütze, der 50jährige Fleer aus Jöllenbeck, zu seinem Entsetzen, daß der vermeintliche Fuchs in Wirklichkeit ein Kind war, das halb in dem Fuchsloch steckend, gespielt hatte. Es handelt sich um das achtjährige Söhnchen Hans des Maurers Rieke aus Rothenhagen. Die Kugel, die durch Rücken und Leib ging, führte den sofortigen Tod des Kindes herbei. Das braune Wildlederhöschen des Kleinen war anscheinend die Ursache der Verwechslung. Der unglückliche Schütze brach unter Gemütsdepressionen zusammen. Die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung muß ergeben, ob Fahrlässigkeit oder Verkettung unglücklicher Umstände vorliegt.

Salzsäure statt Wein

Zwei Todesopfer

Der 22jährige Schreiner Jansen und der 21 Jahre alte Anstreicher Tigler, beide aus Büderich, wollten, bevor sie zur Kirmes gingen, zu Hause noch eine Flasche Wein trinken. Beide stiegen in den Keller, holten eine volle Flasche hervor, gossen zwei Kaffeetassen voll und tranken. Gleich beim ersten Schluck merkten sie, daß sie Salzsäure getrunken hatten. Sie spülten sich den Mund aus und liefen schnell zum Hospital. Hier konnte den beiden jedoch keine Rettung mehr gebracht werden, denn sie starben nach kurzer Zeit.

Der Pforte-Prozeß

In der Schlußverhandlung des Hagener Pforte-Prozesses erklärte der frühere Stadtverordnete **Günther**, daß er am vergangenen Freitag mit dem früheren Oberbürgermeister Cuno zusammen gewesen sei. Dieser habe ihm im Verlauf der Unterhaltung erklärt, seiner Ansicht nach sei Pforte subjektiv unschuldig. Sodann wurde der Prokurist **Becker** vernommen, der nichts Neues bekunden konnte.

In längeren Ausführungen erstattete sodann der Sachverständige sein **Gutachten.** Insgesamt wurden dem Reichsbankentnahmekonto 406 463,14 RM. entnommen, wovon nur 111 039,51 RM. belegt seien. Im Wege der vermittelten Berechnung will dann der Sachverständige einen Betrag von 73 236,46 RM. als belegt gelten lassen, außerdem auf Grund der Verhandlung einen Betrag von 55 950 RM., so daß also im ganzen 210 252,97 RM. als belegt anzusehen sind. Es verbleibt dann immer noch

ein Betrag von 196 210,17 RM., der völlig in der Luft hängt und durch nichts zu belegen ist.

Zu der Anklage der Bilanzverschleierung übergehend erklärte der Sachverständige, daß die Forderung von 3,2 Mill RM. an die Vorortbahn nicht in die Bilanz eingesetzt werden durfte, da schon längere Zeit feststand, daß die Vorortbahn mit Verlust arbeitete und das Eigenkapital aufgezehrt war. Bei richtiger Bilanzierung durfte eine Dividende nicht gezahlt werden.

In der Nachmittagssitzung begannen die Plädoyers des Vertreters der Anklage, der eine Verurteilung, außer nach §§ 312 und 314 HGB. auch eine Verurteilung wegen Betrugs und Untreue beantragte, und des Verteidigers, der auf Freispruch hinaus wollte. Der Vertreter der Anklage beantragte 2 Jahre Gefängnis.

Kurz vor der Pensionierung ...

Vom Eisenbahnpuffer erdrückt

Einem tragischen Unglücksfall fiel in Hadamar (Westerwald) der 63jährige Signalwerkführer Bremser zum Opfer. Er war mit einigen Rangierarbeitern bei der Verschiebung eines Güterwaggons tätig, wobei er an einem Puffer drückte. Dabei rollte von rückwärts ein Wagen nach, der ihn erdrückte. Der Verunglückte sollte in den nächsten Tagen wegen Erreichung der Dienstaltersgrenze pensioniert werden.

Späte Aufklärung eines Kindesmordes

In Dillenburg erregte genau vor einem Jahre die Auffindung einer Kindesleiche in einem Mülleimer Aufsehen. Die Nachforschungen der Polizei nach der Herkunft des Kindes und der Todesursache blieben lange Zeit erfolglos, bis man schließlich doch durch bestimmte Andeutungen junger Mädchen eine Spur fand, die zur Aufklärung der Tat führte. Jetzt wurde eine 20jährige Hausangestellte, die im vorigen Jahr bei dem Landeswegemeister Hagener in Stellung war, verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Sie hat gestanden, das Kind geboren und getötet zu haben.

Neuartige Werbung bei der Frankfurter Straßenbahn

Der Fahrschein als Lotterielos

Die Frankfurter Straßenbahnverwaltung unternimmt einen neuartigen Versuch, um Fahrgäste zu werben. Sie wird jedem millionsten Fahrgast ein Geschenk von 10 RM. überreichen. Die Auszahlung erfolgt sofort in bar nach Lösung bezw. Vorzeigung des betreffenden Fahrtausweises. Der erste Glückspilz war eine Frau, der vom Kontrolleur ein Zehnmarkschein überreicht wurde. Da wöchentlich etwa zwei Millionen Fahrgäste die städtischen Verkehrsmittel benutzen, wird sich also zweimal in der Woche ein Glückspilz unter den Fahrgästen befinden.

Der neue südwestdeutsche Rundfunksender

Die Oberpostdirektion Frankfurt a. M. teilt mit: Der neue Rundfunksender Frankfurt a. M. ist fertiggestellt und hat bereits mehrere Probesendungen veranstaltet. Die endgültige Inbetriebnahme verzögert sich jedoch dadurch, daß die Wellen zwischen dem Frankfurter und Leipziger Sender getauscht werden müssen, und der neue Leipziger Sender noch nicht in Betrieb genommen werden kann. Die für Frankfurt bestimmte Welle des alten Senders wird aber dann erst frei.

Durch Unvorsichtigkeit verbrannt

1 Toter und 1 Schwerverletzter bei einer Spiritusexplosion

Der Schreinermeister Mergen aus Wiltingen a. d. Saar wollte auf dem Weingut Scharzhof Möbelstücke auffrischen. Als er in einen auf dem Ofen stehenden Topf mit Politur Spiritus hineingoß, explodierte die Flasche. Mergen wurde von den Flammen erfaßt und war in kurzer Zeit bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Er starb unter qualvollen Schmerzen. Ein Korbmacher, der versucht hatte, dem Verunglückten die brennenden Kleider vom Leibe zu reißen, wurde schwer verletzt.

Geschäftliches

Ueberrascht wird die Hausfrau

welche zum ersten Male Maggi's Würze verwendet und findet, daß schon wenige Tropfen genügen, um schwache Suppen und Soßen augenblicklich tafelfertig zu machen und um Gemüsen sowie Salaten feinen, kräftigen Wohlgeschmack zu verleihen. Es ist deshalb auch nicht zu verwundern, daß allseitig Maggi's Würze als das unübertreffliche Küchenhilfsmittel gepriesen wird.

Die Bedeutung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung

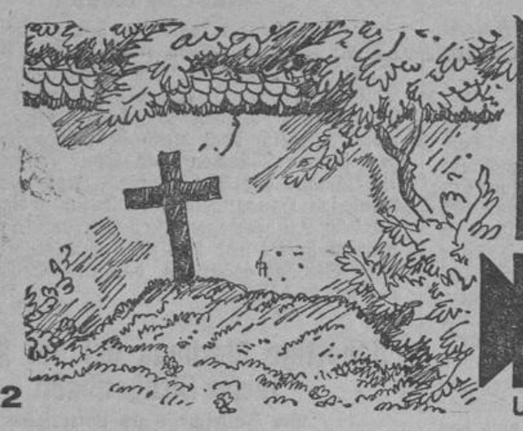
Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung hat sich aus den kleinsten Anfängen heraus in wenigen Jahrzehnten ein stattliches Gebäude errichtet. Der Gedanke, den minderbemittelten Verbrauchern im Wege der Selbsthilfe wirtschaftliche Vorteile zu erringen, erwies sich als außerordentlich fruchtbar. Dem Zentralverband deutscher Konsumvereine gehören zur Zeit fast 1000 Konsumgenossenschaften mit etwa 2,8 Millionen Mitgliedern an. 10 Millionen Deutsche sind damit in die konsumgenossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft eingegliedert. Trotz der Krisennot erzielten die Verbrauchergenossenschaften im Jahre 1931 noch einen Umsatz von 1047 Millionen Reichsmark. Ein großer Teil der von den Konsumgenossenschaften abgegebenen Güter, vor allem Bäckerei- und Fleischereierzeugnisse, wird in ihren eigenen Betrieben hergestellt. Die zentrale Bezugsquelle, die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine (GEG), ist eine starke Stütze der deutschen Verbraucherbewegung. Mehr als ein Drittel des Umsatzes der GEG entfällt auf Güter, die in ihren eigenen Fabriken erzeugt sind. Die konsumgenossenschaftliche Güterverteilung wird von den privaten Betrieben immer unabhängiger. An die Stelle des kapitalistischen Gewinnstrebens tritt in den Konsumgenossenschaften der Grundsatz der gemeinnützigen Bedarfsdeckungswirtschaft. Die Verbraucher haben es in der Hand, durch eine rege Inanspruchnahme der konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen zur weiteren Ausbreitung der Konsumgenossenschaftsbewegung beizutragen.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten

einschl. „Unterhaltungsbeilage"

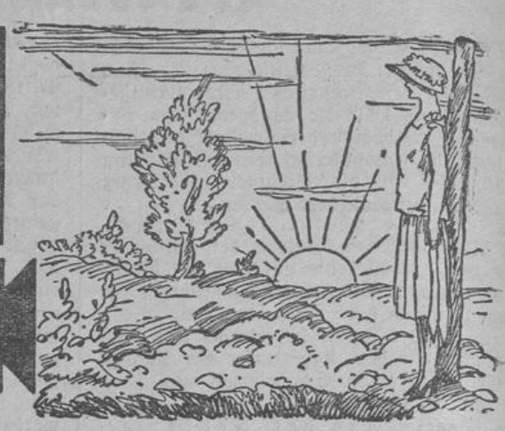
Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



MATA HARI

ROMAN VON ARNO FRANZ



URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU · SA

2

„I wo! Weil ich den Mund aufsperre? Man muß doch etwas tun."

Das Mädchen lachte, dann fragte es, ob Leod vielleicht ein Frühstück wünsche.

„Wenn Sie etwas Vernünftiges haben, warum nicht!"

„Kaviarschnitte und ein Glas Malaga."

„Davon soll noch niemand gestorben sein. Bitte, tragen Sie auf."

Das Mädchen tat es, und er ließ es sich schmecken.

Nach dem dritten Glas Wein entschloß sich das Mädchen aber doch, bei Dolly anzuklopfen. Wenn sie den Kavalier noch lange zu Gaste hatte, mußte sie möglicherweise einer neuen Flasche den Hals brechen und Dolly Bakker war in allen Dingen, die den Haushalt angingen, peinlich genau.

Es dauerte lange, bis das Mädchen zurückkam.

Endlich war Dolly empfangsbereit.

Mac machte es kurz.

„Nur ein paar Worte, Dolly" — und da er sie übelgelaunt sah, ergänzte er: „Um Geld handelt es sich nicht."

Da lächelte Dolly ungläubig.

„Ausnahmsweise nicht. — Um was denn sonst?"

„Meine Frau muß verreisen," log Mac. „Ich werde infolgedessen allein sein. Ein Mädchen haben wir nicht, das mich und mein Töchterchen betreuen könnte. Würden Sie uns auf sechs bis acht Tage Gastrecht gewähren, liebste Freundin?"

Dolly besann sich einen Augenblick.

Mal 'was anderes, dachte sie. Und sechs bis acht Tage sind ja keine Ewigkeit.

Sie stimmte zu.

Am anderen Morgen schon, es war am 26. August 1902, als Traute ihre Einkäufe besorgte, machte sich Mac mit Hannele auf den Weg zu ihr. Das Kleinchen trippelte vergnügt neben ihm her. Es war ja so selten, daß Pappi lieb zu ihm war.

„Pazieren ten?" fragte es und Mac nickte.

„Mamali ist verreist und Hannele muß zur Tante."

„Zu Tante Frieda?"

„Nein, zu Tante Dolly."

„Wo wohnt denn die?"

„Du wirst schon sehen," damit war die Unterhaltung beendet.

Sie gingen durch den Vondel-Park, dieselben Wege, die er schon einmal vor vielen Jahren im Mondenschein mit der Mutter seines Kindes gegangen war, dachte aber nicht mehr daran — es war ja so lange her — und kam, ohne Bekannten begegnet zu sein, bei Dolly Bakker an.

Dort herrschte helle Freude über das niedliche Mädelchen. Es gab Schlagsahne, Schokolade und Napfkuchen.

Hannele war gleich zu Hause und entwickelte einen beneidenswerten Appetit.

Dolly legte ihr immer von neuem vor, aber die kleine Dame schob schon nach dem zweiten Stück den Kuchen verächtlich beiseite.

„Von das bin ich satt," sagte sie, „aber von das noch nicht" und zeigte auf die Schlagsahne.

„Und was ist das?" fragte Dolly.

„Schlansage," erklärte sie strahlend und löffelte weiter.

* * *

Als Traute von ihren Besorgungen zurückkam, war die Wohnung leer.

Angst befiel sie. Sie fragte bei den Nachbarsleuten nach dem Kinde. Es hieß, der Hauptmann sei mit ihm fortgegangen.

Da huschte ein Lächeln über ihr braunes Gesicht.

Sollte er endlich zur Einsicht gekommen sein, dachte sie und ging nach ihrem Heim hinüber. Sollte er sich endlich zurückfinden zu denen, die die Seinen waren? Wie wenig bekümmerte er sich um Hannele, kaum daß er ihr früh den Morgengruß dankte.

Und nun war er mit ihr spazieren gegangen!

Es freute sie aufrichtig.

In Gedanken an ihn ging der Vormittag hin. Es wurde zwölf. Essenszeit. Nun mußte er bald kommen.

Er kam nicht.

Vielleicht war er bei Tante Frieda. Sicher war er dort, hatte ein Anliegen an sie und führte sich mit Hannele an der Hand vorteilhaft ein.

Die alte Dame mochte ja das drollige Wesen so gern und Mac wußte sich alle Gefühlsregungen anderer nutzbar zu machen.

Gegen drei litt es Gertraude aber doch nicht mehr zu Hause. Sie ging zu Tante Frieda.

„Ist Hannele bei dir?"

„Nein!"

„War sie hier?"

„Auch nicht."

„Ich bin in Angst, Tante. Mac hat sie heute früh mitgenommen. Wohin weiß ich nicht. Bis zur Stunde sind sie nicht zurück."

„Wird in einer Kneipe sitzen und Hannele darf zählen wieviel er trinkt."

„Tante!"

Die machte eine abwehrende Bewegung.

„Was hab' ich dir gesagt? Immer gesagt! — Das sind die Folgen des falschverstandenen Verantwortungsgefühls! — Vom Schmutz trennt man sich. Man bringt sein Kind nicht mutwillig in Gefahr."

„Warum quälst du mich, Tante," stöhnte Traute. „Weißt du keinen Rat?"

„Den weiß ich! Die Polizei und dann Schluß!"

„Ich bitte dich! Ich kann doch Mann und Kind nicht durch die Polizei suchen lassen. Was gäbe das für ein Aufsehen."

„Immer Rücksicht nehmen," sagte Tante Frieda ironisch, „alles drunter und drüber gehen lassen! Recht so! Als ob an seinem Rufe noch etwas zu verderben wär."

„An seinem nicht, aber an meinem."

Tante Frieda hob die Schultern.

„Wie man es nimmt," sagte sie trocken.

Traute stutzte.

„Was willst du damit sagen," fragte sie scharf.

„Entschuldige meine Offenheit, Traute. Für albern hält man dich schon, und das ist doch bereits genug. Ein gesunder Menschenverstand versteht dein Ausharren nicht. Frag' mal deinen Vater."

„Der hat Mac von Anfang an abgelehnt."

„Und warum wohl? Doch wohl nur, weil er ihn kannte. Weil dein Vater ein sauberer Mensch ist. „Wo Leod ist, bin ich nicht," sagte er und jeder achtet ihn. — Gewiß, man kann sich irren, jeder kann sich irren. Du hast es ja auch getan. Man beharrt aber nicht im Irrtum. Geh' zur Polizei, laß dein Mädelchen herbeischaffen und dann komme zu mir. Einen anderen Rat weiß ich nicht."

Traute trocknete die Tränen. Mühsam nur konnte sie Fassung gewinnen. Dann ging sie.

Glaubte ihr wirklich niemand, daß sie seit Jahren schon keine Gemeinschaft mehr mit ihm hatte, daß nur noch ein Nebeneinander zwischen ihnen bestand! War denn das so unmöglich?

Sie schämte sich bei dem Gedanken, daß man sie mit ihm noch in andere Beziehungen bringen konnte.

„Für albern hält man dich schon," hatte die Tante gesagt und hatte sich wohl nur gescheut, Schlimmeres hinzuzusetzen.

O Gott, warum war ihr das alles beschieden! Wann sah sie einen Morgen aus diesem Dunkel?

* * *

Müde und zerschlagen kam Traute heim.

Es ging auf die sechste Stunde. Die beiden waren noch nicht da.

Es wurde sieben, sie kamen nicht. Die Nacht brach — und Traute war immer noch allein.

Kein Mensch war, der ihr beistand, keiner der sie stützte — der Vater nicht, die Tante nicht — und keiner sie aufrichten konnte. Sie fühlte sich verlassen, wie sich nur ein Mensch verlassen fühlen kann.

Lohnte sich dieses Leben noch? Lohnte es sich überhaupt? War die eine Stunde, gelebt im Paradies, den schleichenden Tod wert, das ewige Hetzen und grauenhafte Gehetztwerden?

Nur leben, um zu leben — wozu?

Hannele war ihr Lebensinhalt. Wenn sie nun nicht mehr wiederkam?

Nichts ist nichts und alles ist nichts, das ist die ewige Weisheit der Hindus, die Kara sie gelehrt hatte. Auch sie versagte, da ihr der Schmerz ans Herz griff. Man mußte wohl als Hindu geboren sein, um sie ganz zu fassen.

Kara konnte es.

Kara!

Warum hatte sie nicht gestern schon an ihn gedacht, den einzig Treuen, den Mutigen und Schweigsamen!

Gerade als die Sonne die Erde küßte, kam ihr auch der Gedanke an ihn.

War das ein Omen? — Sicher!

Er würde ihr helfen, wenn niemand es tat.

Es war fünf Uhr früh.

Taghell.

Sicher arbeitete er irgendwo und mußte um sechs an der Arbeitsstätte sein, wie alle, die mit den Händen ihr Brot verdienten.

Wenn sie sich beeilte, traf sie ihn wohl noch.

Sie lief zu ihm hin.

Warmoesstraat 13, hatte er gesagt.

In der unfreundlichen Straße mit den unfreundlicher Häusern wohnte der Sohn der Sonne.

Dreizehn! Da war sie. — Die Tür noch verschlossen.

Traute wartete.

Halb nach sechs klirrte der Schlüssel im Schloß.

Ein Mann trat auf die Straße und blinzelte zu ihr hin.

„Wollen Sie hinein?" fragte er und lachte. Ein breites, vielsagendes Lachen.

„Nein," sagte Traute. „Wohnt hier ein Inder?"

„Ja! — Er kommt gleich."

„Danke, Mijnheer."

„Daag," sagte der Mann und griff an die Mütze.

Es ist doch keine die . . ., dachte er und sah sich nach ihr um. Vielleicht seine Schwester. Sie ist so braun wie er. Aber hübsch ist das Meisje, gottverdimmich und bog um die nächste Ecke.

Nach wenigen Minuten schon stand Kara vor ihr.

Seine schwarzen Augen umfaßten sie voll Güte und Liebe, sonst war sein Gesicht bewegungslos, wie immer.

„Nonna," grüßte er und kreuzte die Arme vor der Brust.

Traute reichte ihm die Hand.

„Wie geht es Ihnen, Kara," fragte sie.

Der Inder schüttelte den Kopf und fragte dagegen:

„Was wünscht meine Herrin von mir? Es muß ein großes Leid sein, das Euch diese Straße führt."

Traute nickte. Dann sagte sie bitter:

„Sonst hätte ich mich — glauben Sie — Ihrer wohl nicht erinnert?"

„Jeder lebt nach seinem Herzen. Er tut, was er muß, nicht was er will. — Was ist Euch geschehen, Herrin?"

Da sagte sie es ihm und Kara hörte schweigend zu.

Als sie geendet, bat er sie, ihm zu folgen. Er müsse sich dienstfrei machen, bemerkte er entschuldigend.

„Wo arbeiten Sie," fragte Traute.

„Zehn Minuten von hier, am Oster-Dock."

Sie gingen nebeneinander her. Schweigend, jedes mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt. Aber in Trautes Seele war eine wundersame Ruhe.

An der Prins Hendriks-Kade bat er sie zu warten. Es war ein wüstes Volk, das am Dock arbeitete. Er mochte sie keinen Belästigungen ausgesetzt sehen.

„Ich bin gleich wieder da, Nonna," sagte er und schritt davon.

Wie ein Panther geht er, dachte Traute, schweigsam, lautlos. In seinem Körper ist die gleiche Stärke, die in seiner Seele ist.

Lange hatte sie nicht zu warten. Er war sehr schnell wieder da.

„In Ordnung," sagte er und Traute fragte: „Und nun?"

„Nun werdet Ihr schlafen müssen, Herrin. Der Weg ist lang. Er braucht Euch bei Kräften."

„Ich kann nicht schlafen."

„Warum sagt Ihr das, Nonna? — Wenn wir sterben können, können wir auch schlafen. Ohne unsere Kraft wird uns nichts im Leben außer Geburt und Tod. Ohne unser Zutun empfangen wir unsere Seele. Ohne unser Zutun scheidet sie von uns. Daß sie in Nirwana eingehe, ist in unsere Hand gegeben. Dazu ward uns das Leben. — Wir besitzen nichts und nichts gehört uns. Was uns die Götter gaben, ward uns nur anvertraut, so unsere Seele und Euch, Herrin, die Eures Kindes. Denkt daran."

„Ich tue es, Kara."

„Dann, Nonna, werdet Ihr wissen, was Ihr tun müßt."

„Was, Kara?"

„Befreien von dem, was Euch behindert!"

Traute schwieg lange. Sie kämpfte einen harten Kampf, den härtesten, den es gibt: den Kampf mit dem eigenen Ich.

Befreien von dem, was Euch behindert! — Bei jedem Schritt hämmerten die Worte in Herz und Hirn. Immer wieder: Befreien! Befreien!

Plötzlich stieß sie zwischen den Zähnen hervor:

„Wenn . . . sie nun tot ist, Kara?"

Der sah sie aus gütigen Augen groß an. Dann lächelte er.

„Warum sollte sie das, Nonna? — Dann müßte ja auch er tot sein. In Holland ist das Morden schwerer als in Java. Und um selbst zu gehen — das müßte er ja wohl doch in diesem Falle — ist er zu feig. Der stirbt nicht, Nonna, der verendet."

Auf seinem Gesicht stand unsagbare Verachtung. Eine Verachtung, die Traute erschreckte und aufschreckte. Sie dachte an Tante Friedas Worte, die ähnlich, wenn auch nicht ganz so hart geklungen hatten.

„Kara, sehe ich mein Kind wieder," fragte sie in Bangen und Aengsten.

„Ja, Herrin! — Ich fühle es," antwortete er schlicht.

„Es soll mir ein Zeichen des Himmels sein. Dann will ich mich befreien!"

* * *

Kara verneigte sich.

„Hier seid Ihr daheim, Herrin," sagte er, als sie vor Breetstraat 188 angelangt waren.

„Woher wissen Sie, daß ich hier wohne?"

„Ich hatte Zeit, mich danach umzutun und weiß noch mehr."

Dann sagte er kurz:

„Bitte, Herrin, bleibt heute zu Hause. Vielleicht packt Ihr das Nötige inzwischen. Die Wohnung gehört einem Hauptmann Leod, und der sollte Euch Feind sein, von dieser Stunde an. — Auch ein Anwalt wär zu erwägen."

Wieder kreuzte er die Arme vor der Brust, verneigte sich wortlos und schritt den Weg zurück, den er gekommen.

Traute sah ihm nach, bis er in der Boerstraat verschwand. Dann ging sie ins Haus.

3.

Kara, der nahezu ein Vierteljahr gebraucht hatte, um Beschäftigung zu finden, hatte Zeit genug gehabt, sich um das Schicksal derjenigen Frau zu kümmern, deren Diener er gewesen war. Sein Leben galt ihr und nur ihretwegen hatte er die Reise als Trimmer mitgemacht.

Wo seine Herrin war, war seine Heimat.

Er wußte unter anderem, daß Mac Leod jeden Vormittag in der Bodega seinen Malaga trank und das übliche Käsebrötchen aß. Das geschah regelmäßig zwischen zehn und elf Uhr. Dann wußte er auch um sein Verhältnis zu Dolly Bakker.

Kara überlegte, was zu tun sei.

Es war jetzt sieben. Sich in der Kalverstraat gegenüber der Bodega zu postieren, hatte keinen Zweck. Drei Stunden warten, war unsinnig.

Richtiger war es vielmehr, das Mädchen der Bakker abzufangen, das gegen acht Uhr Brötchen holen ging. Das mußte um den Aufenthalt Leods wissen.

Er hatte die Kleine früher schon einmal interviewt. Er kannte sie, und sie würde sein braunes Gesicht nicht vergessen haben. Kaum! Denn sie war nicht mehr die jüngste, und Mädchen im reiferen Alter erinnern sich derjenigen Männer immer gern, die ihnen rücksichtsvoll und freundlich begegneten. Er würde schon gehen.

Kara hatte sich nicht geirrt.

Kurz nach acht erschien sie. Sie sah adrett aus mit dem weißen Häubchen auf dem Haar und dem Körbchen am Arm.

Kara fegte an ihr vorbei.

Vier, fünf Schritte vor ihr ließ er seine Ruhlaer Taschenuhr, die er im Kaufhaus Bijnkorf für anderthalb Gulden erstanden, auf das Trottoirpflaster fallen.

Der Deckel sprang klirrend entzwei.

„Mijnheer," rief das Mädchen.

Kara drehte sich um.

„Ihre Uhr."

„Ah," sagte er und hob sie auf. „Danke, Juffrouw! Zerbrochenes Glas bedeutet Glück. Man soll auf die Stimme der Götter achten."

Zur Bereitung vorzüglicher Fleischbrühe nimmt man MAGGIs Fleischbrüh-Würfel